Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M

Nr. 12. | Berlin, 17. März 1933. | 14. Jahrg.

Inhalt:

Die Westerplatte.

Was von Polen seit 13 Jahren gegen Danzig unternommen und was dort in diesen Jahren über Danzig gesagt worden ist, hat immer dem Ziele gedient, diese deutsche Stadt völlig in die Hand zu bekommen. Es ist daher nicht bloß verständlich, sondern auch notwendig, daß Deutschland auf jeden neuen Vorstoß, den Polen hier unternimmt, empfindlich und eindeutig reagiert. Denn durch die Abwürgung Danzigs wird die deutsche Position im Osten an einer der wichtigsten Stellen entscheidend geschwächt. Es kann deshalb nicht nur aus gefühlsmäßig völkischer, sondern ebenso aus nüchtern machtpolitischer Überlegung heraus nicht oft und nicht klar genug festgestellt werden, daß Danzig eine gesamtdeutsche Angelegenheit ist. Anscheinend hielt Polen die derzeitige Situation der internationalen und der innerdeutschen Politik für besonders geeignet, diese Situation vielleicht sogar für seine letzte Chance, die von langer Hand vorbereitete Besitzergreifung der Freien Stadt in die Tat umzusetzen. Polen ließ es bei der Landung eines Truppenkontingents auf der Westerplatte nicht bewenden: Zu derselben Zeit, in der gegenüber Weichselmünde 100 polnische Marinesoldaten an Land gesetzt wurden, wurden im ganzen Korridorgebiet starke polnische Truppenverbände zusammengezogen. Nach vorliegenden Berichten wurden die sechs in den Korpsbezirken Posen und Thorn stehenden Divisionen durch Divisionen aus den Korpsbezirken Grodno und Warschau und weitere aus Galizien herangebrachte Truppenteile verstärkt; namentlich längs der Danziger Grenze, im Raume Dirschau—Pr.-Stargard—Gdingen konnten starke polnische Truppenbewegungen festgestellt werden.

Im Zusammenhang mit diesen Aktionen, die von der polnischen Regierung in einem Dementi als „Ausflug der Unteroffiziersschule des polnischen Grenzwachtkorps“ bezeichnet wurden, muß man die Truppenlandung auf der Westerplatte betrachten, um zu verstehen, was die 100 Mann dort eigentlich sollten: Sie sollten nicht etwa „Danzig erobern“, das wäre ihnen wohl schlecht bekommen. Der Zweck ihrer Stationierung auf der Westerplatte war es erstens, einen Präzedenzfall für das Recht Polens auf Unterhaltung einer beliebig starken militärischen Besatzung an der Neufährer Weichselmündung zu schaffen, wobei die „Gazeta Warszawska“ ganz richtig bemerkt, daß derjenige, der die Westerplatte besitzt, nicht nur den Danziger Hafen, sondern auch den ganzen Danziger Freistaat beherrsche. Weiter aber war es die Aufgabe der Westerplattenbesatzung, Danzig und damit Deutschland zu provozieren. Man muß sagen, daß die Truppe ihre Rolle als Provokationskommando eifrig, wenn auch erfolglos durchgeführt hat. Irgendjemand sollte den berühmten „ersten Schuß“ abgeben, aus dem sich, wie schon so oft in der Geschichte, unabsehbare Folgerungen hätten ergeben können und dessen Echo sehr leicht die im Korridor bereitstehenden polnischen Truppen dazu hätte veranlassen können, ihren „Ausflug“ auf Danziger Gebiet auszudehnen, um dort, wie es dann geheißen hätte, „für Ruhe und Ordnung zu sorgen“. Es verging nach dem 6. März in der Tat kaum ein Tag, ohne daß die Besonnenheit der Danziger auf eine neue Probe gestellt worden wäre. Auf der Westerplatte wurden völlig überflüssigerweise Stacheldrahtverhaue gezogen, Feldbefestigungen aufgeworfen, Maschinengewehre und Minenwerfer postiert und die Außenwege — entgegen bisherigem Gebrauch — mit kriegsmäßig ausgerüsteten Doppelposten besetzt. Der Truppentransportdampfer „Wilja“, der die 100 Marinesoldaten zur Westerplatte gebracht hatte, blieb dort vor Anker, ohne daß von polnischer Seite, wie es vertraglich vorgesehen ist, beim Danziger Senat um Fristverlängerung nachgesucht worden wäre. Polen kündigte ferner „für die nächste Zeit“ einen weiteren Kriegsmaterialtransport an, ohne daß es dabei, wie es vertragliche Vorschrift ist, den genauen Zeitpunkt des Eintreffens angesagt hätte; und es teilte dem Senat weiter mit, daß das Hafenbecken an der Westerplatte „bis auf weiteres zur Verfügung der polnischen Regierung“ stände, was wiederum den geltenden Bestimmungen widerspricht, denen zufolge das Hafenbecken sofort nach Erledigung der Ladearbeiten im Munitionsdepot wieder für den allgemeinen Hafenverkehr freizugeben ist. Und schließlich verbot Polen den Danziger Sportflugzeugen das Überfliegen der Westerplatte, obwohl diese zum Danziger Hoheitsgebiete gehört. Senatspräsident Dr. Ziehm hatte also vollkommen recht, wenn er in Genf vor Pressevertretern u. a. erklärte, daß „die Maschinengewehre und Kanonen, die auf Danzig gerichtet sind, sehr leicht losgehen könnten“ und daß „der Funke, der aus Danzig herausspringt, einen Weltbrand hervorrufen könne“.

Wenn nun Polen den günstigsten Augenblick für eine entscheidende Aktion gegen Danzig für gekommen gehalten hatte, so hat es sich in dieser Spekulation auf die Schwäche Deutschlands und auf die Hilfe bzw. das Ruhebedürfnis der Andern gründlich getäuscht. Es hatte wohl weder erwartet, daß Deutschland gegenwärtig Zeit und Kraft genug haben würde, sich um Danzig zu kümmern; noch hatte es damit gerechnet, daß sich die Westmächte in der Weise, wie es geschehen ist, in Genf der Danziger Frage annehmen würden. Der erste Eindruck, den die Erledigung des Westerplattenkonfliktes vor dem Völkerbundsrat hervorrufen muß, ist der, daß Polen den vollen Rückzug hat antreten müssen. Vor dem Rate ist die polnische Aktion auf der Westerplatte einmütig als vertragswidrig und die Verpflichtung Polens zur sofortigen Zurückziehung der am 6. März gelandeten Truppen festgestellt worden. So erfreulich das ist, so erregen doch zwei Dinge Bedenken: Erstens ist die Frage der Danziger Hafenpolizei, in der Polen eine Beschwerde eingebracht hat, noch nicht erledigt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Polen in dieser Angelegenheit von einigen Mächten, insbesondere wohl von Frankreich, Zusagen gemacht wurden, die geeignet waren, dem polnischen Außenminister die Annahme der peinlichen Westerplattenentscheidung des Rats zu erleichtern. Wenn Zusagen gemacht worden sind, dann wohl in dem Sinne, daß Polen ein größerer Einfluß auf die Danziger Hafenpolizei, vielleicht gar das Kommando über diese Polizei in Aussicht gestellt worden ist. Wenn aber diese Angelegenheit in diesem Sinne vom Völkerbund erledigt würde, dann wäre es schließlich doch wieder Polen, das aus dem Westerplattenkonflikte mit einem Gewinn hervorgehen würde. Es ist zu bedauern, daß die beiden Fragen: die polnische Truppenlandung und die Hafenpolizei, die zwar ursächlich in keinem Zusammenhange miteinander stehen, aber sachlich auf derselben Ebene liegen, nicht gemeinsam geregelt worden sind. Bedenklich ist zweitens, daß die Angelegenheit des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte bei dieser doch an sich günstigen Gelegenheit nicht grundsätzlich aufgerollt worden ist. Das Recht, auf der Wester-

Fortsetzung auf Seite 106

Danzig verlangt Revision der Verträge mit Polen.

Durch die Entwicklung der letzten Jahre, insbeondere durch den Ausbau des Gdingener Hafens und die systematische Behinderung des Danziger Wirtschaftslebens durch Polen, sind die Rechte, die Polen vor mehr als einem Jahrzehnt in Danzig und vor allem im Danziger Hafen eingeräumt wurden, hinfällig geworden. Polen ist durch verschiedene Entscheidungen der Völkerbundsinstanzen dazu verpflichtet, den Danziger Hafen voll auszunutzen und seine zoll- und wirtschaftspolitischen Drosselungsmaßnahmen gegen die Freie Stadt rückgängig zu machen. Es weigert sich, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Es läßt den Güterumschlag im Danziger Hafen verfallen, während es zu gleicher Zeit alle Mittel aufbietet, den Güterumschlag in Gdingen trotz seines sinkenden Außenhandels zu steigern oder doch wenigstens auf der alten Höhe zu halten; es sperrt sein Gebiet gegen die Einfuhr von Waren Danziger Ursprunges ab, während es zugleich volle Freiheit für den Absatz seiner eigenen Erzeugnisse im Danziger Gebiete verlangt. Wenn Polen seine Verpflichtungen Danzig gegenüber nicht einhält, dann liegt auch kein Grund mehr vor, seine Rechte innerhalb des Danziger Gebietes länger beizubehalten.

Es entspricht daher nur den durch Polen selbst herbeigeführten tatsächlichen Verhältnissen, wenn Danzig bestrebt ist, eine Änderung der Bestimmungen über die polnischen Rechte im Gebiet der Freien Stadt herbeizuführen. So hat der Senat beim Hohen Kommissar den Antrag auf Abänderung der Abschnitte IV. und V. des Warschauer Abkommens vom 24. Oktober 1921 beantragt. Diese beiden Abschnitte (die Artikel 39—44) behandeln 1. die Zulassung zum Handels- und Gewerbebetrieb und 2. den Erwerb und die Veräußerung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen. Die Angehörigen des einen vertragschließenden Teiles sollen danach im Gebiete des anderen zur gewerblichen Niederlassung unter denselben Voraussetzungen und Bedingungen wie die eigenen Staatsangehörigen dieses Teiles zugelassen sein. Ebenso sollen Aktien- oder sonstige Erwerbsgesellschaften sowie Versicherungsunternehmungen jeder Art, die im Gebiet des einen Teiles nach den dort bestehenden Gesetzen rechtsfähig sind, im Gebiet des anderen Teiles gleichfalls als rechtsfähig anerkannt werden. Ferner sollen die Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibenden des einen Teils auch im Gebiet des anderen Teiles steuer- und abgabenfrei zur Tätigung von Wareneinkäufen und -bestellungen berechtigt sein, sofern sie eine von der Heimatbehörde ausgestellte Gewerbelegitimation vorweisen, aus der hervorgeht, daß sie in ihrem Heimatstaat zu den gesetzlichen Steuern und Abgaben herangezogen werden. Die Angehörigen des einen Teiles sind, soweit nicht abweichende Vereinbarungen entgegenstehen, gleich denen des anderen Teiles berechtigt, bewegliches und unbewegliches Vermögen jeder Art zu erwerben, darüber zu verfügen, es zu besitzen und zu verwalten, ohne anderen und höheren Abgaben, Steuern und Auflagen als die Angehörigen des anderen Staates unterworfen zu sein. U. s. f. Diese rechtliche Gleichstellung der Polen in Danzig mit den Danziger Staatsangehörigen und umgekehrt der Danziger in Polen mit den polnischen Staatsangehörigen hat sich in der Praxis mehr und mehr zum Nachteil Danzigs ausgewirkt. Denn Polen hat sich, vor allem in den letzten Jahren, nicht an den Gleichberechtigungsgrundsatz gehalten; die wirtschaftliche Betätigung der Danziger Staatsangehörigen und Firmen in Polen ist auf Grund polnischer Gesetze mehr oder weniger behindert oder gar völlig lahmgelegt worden. Aber selbst abgesehen von dieser Mißachtung des Grundsatzes der Gleichberechtigung haben die erwähnten Bestimmungen des Warschauer Abkommens für Danzig ganz andere Folgen als für Polen haben müssen: Die wirtschaftliche Tätigkeit Danziger Staatsangehöriger in Polen verteilt sich räumlich auf ein großes Gebiet, während sich die Wirtschaftsbetätigung polnischer Staatsangehöriger in Danzig auf ein kleines Gebiet konzentriert und hier naturgemäß auch in völkischer und politischer Beziehung eine Bedeutung erlangen kann, wie sich Danzig gegenüber Polen von vornherein versagt bleiben muß. Die Gleichberechtigung ist für Polen ein Mittel der „friedlichen Durchdringung“ Danzigs geworden. Daß sich Danzig dagegen auflehnen muß, versteht sich von selbst und ist um so begreiflicher, als die von den Polen bei jeder mehr oder weniger passenden Gelegenheit vielgerühmten Vorteile, die ihm angeblich aus seiner Wirtschaftsunion mit Polen erwachsen sollten, ausgeblieben sind oder — soweit sie sich einmal wirklich bemerkbar zu machen schienen — mehr und mehr wieder schwinden.

*

Am 1. September 1923 kam zwischen Danzig und Polen neben anderen Abkommen, die sich auf die Rechtsstellung der polnischen Staatsangehörigen in Danzig bezogen, auch eine Vereinbarung über die Beschäftigung polnischer Staatsangehöriger beim Danziger Hafenausschuß zustande. Diese Vereinbarung besagte, daß die polnischen Staatsangehörigen bei der Besetzung frei werdender Stellen bevorzugt werden sollen, bis das Verhältnis der Danziger und polnischen Staatsangehörigen in allen Dienstzweigen der Hafenverwaltung ein gleiches geworden ist. Die zunächst auf sieben Jahre getroffene Vereinbarung wurde 1930 auf drei weitere Jahre verlängert und ist jetzt, am 1. März d. J., von seiten des Danziger Senates zum 1. September d. J. gekündigt worden. Der Senat begründete diese Kündigung damit, daß die polnische Delegation im Hafenausschuß „durch überspannte Forderungen, mit denen sie sich über die den Danziger Bediensteten vertraglich gesicherten Rechte hinwegzusetzen versucht“, Unzuträglichkeiten im Hafenausschuß herbeigeführt hat; ferner macht der Senat geltend, „daß sich die Voraussetzungen, die seinerzeit zu dem Abkommen führten, im Laufe der Zeit wesentlich geändert haben.“ In der Tat besitzt ja der Hafen von Danzig heute, wo der Hafen von Gdingen besteht, nicht mehr im entferntesten die Bedeutung für Polen, die er vor 10 Jahren besessen hat, als er noch Polens einziger Zugang zum Meere war. Wenn man damals vielleicht sagen konnte, daß die Polen im Hafenausschuß den Danzigern gleichgestellt werden mußten — übrigens ein Zustand, wie ihn die alte Geschichte Danzigs bis dahin noch niemals gekannt hat! — so fehlt einer dahingehenden Forderung heute jede Begründung. Polen hat in Danzig nichts zu suchen. Seitdem es Gdingen hat, erst recht nicht mehr!

Die Nationalsozialisten in Danzig.

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Danzig nahm der Reichstagsabgeordnete Forster erneut zur Frage der Danziger Regierungsbildung Stellung. Vor zweieinhalb Jahren, führte er u. a. aus, waren die Nationalsozialisten am Eintritt in die Danziger Regierung behindert, da ihnen bei außenpolitischer Bedrohung der notwendige Rückhalt im Reiche fehlte. Heute jedoch, nach der Neuentwicklung im Reiche mit der Kanzlerschaft Hitlers, sei in Danzig bei 13000 eingeschriebenen Mitgliedern der Partei eine aktive Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten von selbst gegeben. Die Unterstützung, die die N. S. D. A. P. der bürgerlichen Minderheitsregierung zwei Jahre lang gewährt habe, habe infolge einer Reihe sozial- und finanzpolitischer Maßnahmen dieser Regierung, mit denen sich die Nationalsozialisten nicht einverstanden erklären konnten, aufgesagt werden müssen. Die bürgerliche Minderheitsregierung in Danzig ohne Stützung der Nationalsozialisten sei eine Unmöglichkeit. Die Neuentwicklung im Reiche habe im Interesse Danzigs eine Gleichschaltung der Verhältnisse mit dem Reiche zur Notwendigkeit gemacht. Die Nationalsozialisten traten für die nationale Einheitsfront unter ihrer führenden Regierungsbeteiligung ein, ohne bisher bei der bürgerlichen Regierung zum Ziele zu gelangen. Man habe gesagt, die Nationalsozialisten hätten keine Regierungsforderungen gestellt. Jetzt sollen solche Forderungen, die das Einverständnis des Führers Adolf Hitler hätten, der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Da die Nationalsozialisten die stärkste nichtmarxistische Partei des Volkstages seien, verlangen sie die Führung in der nationalen Regierung unter Anspruch auf den Posten des Senatspräsidenten und des Senators des Innern. Sollten diese Forderungen abgelehnt werden, so müßten die Nationalsozialisten der bürgerlichen Regierung den schärfsten Kampf ansagen. — Das wäre, da Danzig heute unbedingt die politische Gleichschaltung mit dem Reiche braucht, zu bedauern.

Am 14. März marschierte ein Trupp SA.-Leute vom Gaubüro der Danziger NSDAP. zum deutschen Generalkonsulat in Danzig, wo gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gehißt wurden. Die Gauleitung der NSDAP. Danzig hat eine vorgeschriebene neue Beflaggung dem deutschen Generalkonsulat in Danzig zum Geschenk gemacht.

Schluß von Seite 105

platte ein Munitionsdepot und ein Wachtkommando von insgesamt 88 Mann zu unterhalten, ist Polen zu einer Zeit zugesprochen worden, in der es noch keinen anderen Hafen hierzu besaß. Inzwischen ist aber in Gdingen ein leistungsfähiger Handels- und Kriegshafen entstanden und ist auch die Kohlenmagistrale in Betrieb genommen worden. Polen braucht also das Munitionsdepot auf der Westerplatte nicht mehr, und Danzig hat ein sachlich begründetes Recht, von Polen die vollständige Räumung der Westerplatte zu fordern. Diese Forderung ist von Danzig jetzt nicht vorgebracht worden. Man muß zugeben, das Wichtigste war im Augenblick, daß zunächst einmal die Vertragswidrigkeit der polnischen Truppenlandung und damit zugleich auch ganz allgemein festgestellt wurde, daß Polen nicht zu einer beliebigen Verstärkung seiner Westerplattenbesatzung befugt ist. Aber man hat doch den Eindruck, daß hier eine Möglichkeit ungenutzt geblieben ist, das Danziger Gebiet von einem polnischen Fremdkörper zu befreien, der sich schon häufig als Quelle ernster Konflikte erwiesen hat und für dessen Fortdauer es heute keine sachliche Begründung mehr gibt.

Die polnische Regierung machte, kaum daß der Völkerbundsrat sie zur Zurückziehung der Truppen von der Westerplatte verpflichtet hatte, den Versuch, ihr Vorgehen gegen die Freie Stadt mit der „von Deutschland drohenden Gefahr“ zu erklären. Sie versuchte, die Dinge so hinzustellen, als ob die Welt ihr noch dankbar sein müsse dafür, daß sie durch ihr Vorgehen auf der Westerplatte die allgemeine Aufmerksamkeit auf den „Ernst der Lage“ gelenkt hat. Die Welt aber war wieder einmal so undankbar, diese „hingebende Selbstlosigkeit der Polen“ nicht anzuerkennen ...

Kolonien für Polen: Phantasie und Wirklichkeit.

Vor kurzem wurde im Warschauer Senat eine Entschließung angenommen, in der die polnische Regierung aufgefordert wurde, alles daranzusetzen, daß Polen bei einer eventuellen Neuverteilung der Kolonialmandate berücksichtigt werde. Damit wurde der Gedanke eines überseeischen Kolonialbesitzes Polens, der schon seit Jahren von einigen Verbänden und politischen Schriftstellern propagiert wird, gewissermaßen in die amtliche Sphäre gerückt. Daß dieser Gedanke einmal etwas anderes sein wird als ein Wunsch wirklichkeitsferner und großmachtssüchtiger Patrioten, ist kaum zu erwarten. Die Art, in der von diesen Kreisen der polnische Kolonialanspruch „begründet" wird, ist so phantastisch und — sagen wir — originell, daß man sich in Genf wohl schwerlich lange damit aufhalten wird, die polnischen „Argumente" zu prüfen — vorausgesetzt, daß sich die „glücklichen Besitzer" wider Erwarten überhaupt einmal dazu entschließen sollten, über eine neue Verteilung ihrer Deutschland geraubten kolonialen Mandatsgebiete mit sich reden zu lassen. Was von den Befürwortern einer „polnischen Kolonialpolitik" an „Argumenten" ins Feld geführt wird, das läuft bei näherem Zusehen immer darauf hinaus, daß Polen einfach deshalb, weil es eine „Großmacht" ist, bzw. den Wunsch hat, als Großmacht zu gelten, auch einen Anspruch auf Kolonien besitze! Dabei wird völlig unberücksichtigt gelassen, daß Polen alle Voraussetzungen für den Erwerb, die Verwaltung und die Verwertung eines überseeischen Kolonialbesitzes fehlen.

Auf diese Dinge ist in sachlich nüchterner Form vor kurzem der „Kurjer Polski", das Warschauer Organ der polnischen Schwerindustrie, eingegangen. Zunächst macht das Blatt darauf aufmerksam, daß für Polen — wenn überhaupt — nur die ehemals deutschen Besitzungen, die nach dem Kriege als Mandatsgebiete in die Hände Englands, Frankreichs, Australiens, der Südafrikanischen Union und Japans übergegangen sind, in Frage kommen könnten. Diese Kolonien seien aber, da ja Deutschland erst zu einer Zeit, in der die Welt schon nahezu restlos aufgeteilt war, in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten ist, geringwertige Gebiete, die „trotz der zweifellos in technischer Beziehung hervorragenden Verwaltung andauernd große und ständig wachsende Mindereinnahmen gehabt hätten. Überdies sei bei der allenthalben in Erscheinung tretenden Gärung unter den Eingeborenen „die Verwaltung der Kolonien heute bedeutend schwieriger als vor dem Kriege". Der „Kurjer Polski" gibt unumwunden zu, daß Polen weder moralisch noch finanziell imstande sein würde, einen Kolonialbesitz zu verwalten. Ein Staat, sagt er, der Kolonien in Afrika erlangen will, müsse eine Kriegs- und Handelsflotte besitzen. Eine ausreichende polnische Kriegsflotte aber, die sich auf den Weltmeeren sehen lassen könne, werde es auf absehbare Zeit nicht geben. Und für eine Handelsflotte, die die Kolonien zu bedienen hätte, Millionensummen aufzuwenden, sei ein gar zu unsicheres und problematisches Geschäft. Alle Kolonien der europäischen Mächte, heißt es im „Kurjer Polki" weiter, seien in der Weise erstanden, daß dem Beamten der Kaufmann, der politischen Besitzergreifung die wirtschaftliche Durchdringung voraufgegangen sei. Ein solches tüchtiges Handelselement, auf dessen Vorarbeit überall die Gründung von Kolonien aufgebaut sei, habe es in Polen niemals gegeben und werde es sicher auch noch lange nicht geben. Die Erziehung eines solchen (überseekaufmännischen) Kolonialgeistes, bemerkt der „Kurjer Polski" sehr richtig, sei nicht eine Frage von Jahren, sondern von Generationen. Und dann fährt er fort: „Unsere Verwaltung besitzt naturgemäß aus Mangel an entsprechend vorgebildeten Männern nicht die Fähigkeit, den eventuell ihrer in Afrika harrenden Bedingungen zu entsprechen. Es ist nicht schwer, sich ein Bild darüber zu machen, welche Sorgen für Polen entstehen würden, wenn es nach der Erlangung irgendeines Mandatsgebietes nach Afrika Hunderte von Beamten entsenden müßte, die genügende Sprachkenntnisse besitzen, die Bedingungen des Überseehandels kennen und mit dem Leben in den Kolonien vertraut sein müßten." Polen würde sich, so fürchtet der „Kurjer Polski", bei einem Versuch, eine Kolonie mit den Beamten, die es besitzt, zu verwalten, „vor aller Welt lächerlich machen und die Legende (?) von der ‚polnischen Wirtschaft' wiederaufleben lassen." Dann wendet sich das Blatt gegen die Behauptung, die von den Befürwortern einer polnischen Kolonialpolitik sehr gerne aufgetischt wird, daß nämlich Polen Raum für seine überschüssige Bevölkerung brauche. „Das Argument der angeblichen Übervölkerung Polens ist nicht real", schreibt der „Kurjer Polski"; denn in den Ostgebieten des Staates könnten noch Millionen Menschen angesetzt werden, wenn nur die Mittel für die Parzellierung der großen Güter, für die Trockenlegung der riesigen Sümpfe usw. endlich bereitgestellt würden. Auch einen wirtschaftlichen Vorteil hätte Polen von einem etwaigen Mandatsbesitz nicht zu erwarten. Denn als aufnahmefähige Absatzgebiete kämen die ehemals deutschen Kolonien nicht in Betracht; und was den Bezug von Rohstoffen und Kolonialprodukten anlange, so könne Polen seinen — übrigens minimalen — Bedarf an diesen Dingen auf dem Weltmarkte billiger als in etwaigen eigenen Kolonien decken. Diesen Ausführungen des polnischen Blattes braucht man kaum etwas hinzuzufügen, und man kann auch seine Schlußfolgerung voll und ganz unterschreiben: Der Besitz eigener Kolonien sei für Polen völlig überflüssig; die (eingangs erwähnte) Senatsentschließung, die Polen in die Reihe der Kolonialmächte eingerückt wissen möchte, sei nicht real; sie lasse die natürlichen Wirtschaftsbedingungen Polens vollständig außer Betracht.

Der Kraftfahrzeugverkehr durch den Korridor.

Für den Durchgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland durch das abgetretene Gebiet (Polen, Freistaat Danzig) müssen zwei verschiedene Arten des Durchgangsverkehrs unterschieden werden, nämlich einerseits derjenige Durchgangsverkehr, welcher den allgemeinen Bestimmungen unterliegt, und andererseits derjenige, für welchen auf Grund eines Staatsvertrages zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig vom 21. April 1921 bestimmte Erleichterungen zugelassen sind (sogenannter privilegierter Durchgangsverkehr).

1. Allgemeiner Durchgangsverkehr. Deutsche Kraftfahrzeuge mit internationalem Fahrtausweis können alle in Polen und der Freien Stadt Danzig für den Kraftfahrzeugverkehr freigegebenen öffentlichen Wege benutzen. Ihre Insassen müssen mit gültigen Reisepässen mit polnischem Einreisevisum versehen sein. Sie unterliegen hinsichtlich der Zoll- und Paßabfertigung den allgemein gültigen Bestimmungen.

2. Privilegierter Durchgangsverkehr. Deutsche Kraftfahrzeuge ohne internationalen Fahrtausweis dürfen nur folgende fünf Straßen benutzen:

a) Marienburg—Dirschau—Danzig—Rheda—Lauenburg.

b) Marienburg—Dirschau—Pr. Stargard—Konitz—Schlochau.

c) Dt. Eylau — Rodzonne — Samplawa — Neumark — Strasburg — Schönsee — Thorn — Fordon — Bromberg — Nakel — Wirsitz — Schmilau—Schneidemühl.

d) Dt. Eylau — Rodzonne — Samplawa — Neumark — Strasburg—Schönsee—Thorn—Gnesen — Posen — Pinne—Neustadt—Tirschtiegel—Schwiebus.

e) Dt. Eylau — Rodzonne — Samplawa — Neumark — Strasburg—Schönsee — Thorn — Gnesen — Wreschen — Miloslaw — Jarotschin — Koschmin—Krotoschin—Zduny—Freyhan.

Von Ostpreußen aus kann man also nur an zwei Stellen, bei Marienburg und Dt. Eylau, die „privilegierte" Fahrt durch den Korridor antreten. Von Schlesien aus steht nur eine einzige Grenzübergangsstelle, bei Freyhan, zur Verfügung; weiter nur eine Übergangsstelle in der mittleren Ostmark, zwei in der nördlichen Grenzmark und eine in Ostpommern, bei Tirschtiegel, Schneidemühl, Schlochau und Lauenburg. Früher konnte man die Fahrt in das heute zu Polen gehörende Gebiet auf Dutzenden von Straßen antreten.

Die polnischen Behörden haben seit dem Jahre 1929 auf diesen für den privilegierten Durchgangsverkehr zugelassenen Straßen in Polen die Wegweiser mit entsprechenden Tafeln versehen lassen. Die Tafeln sind rechtwinklig, haben eine Höhe von 30 und eine Breite von 20 Zentimetern und sind mit dem in dunkelblauem Ton gehaltenen Buchstaben „T" (= Transit) gekennzeichnet. Auch die Insassen der nur diese Durchgangsstraßen benutzenden Kraftfahrzeuge müssen mit gültigen Pässen versehen sein, bedürfen aber nur des polnischen Transitvisums, nicht des Einreisevisums. Die nur von dem privilegierten Durchgangsverkehr Gebrauch machenden Kraftfahrzeuge werden von dem Eingangszollamt beim Grenzübergang in besonderer Weise gekennzeichnet. Diese Kennzeichen sind während der ganzen Durchfahrt mitzuführen. Außerdem wird dem Führer eine Durchgangsbescheinigung ausgehändigt, in welcher die einzuhaltende Strecke bezeichnet ist. Kennzeichen und Durchgangsbescheinigung sind dem Ausgangszollamt zurückzugeben. Wer von der vorgeschriebenen Durchgangsstraße abweicht oder die zulässige Durchfahrtszeit nicht einhält, setzt sich der Bestrafung durch die polnischen Behörden aus. Bei beiden Arten des Durchgangsverkehrs unterliegen die Fahrzeuge den allgemeinen Zollförmlichkeiten und der Sicherheitsleistung. Die Sicherheitsleistung kann ersetzt werden durch Bürgschaftsübernahme seitens einer Vereinigung von Kraftfahrzeugbesitzern, wie sie in Form des sogenannten Tryptique üblich ist. Ferner sind Kraftfahrzeuge auch brücken- und wegegeldpflichtig, soweit derartige Abgaben im Durchgangslande erhoben werden.

Die Kommunalwahlen.

Die Wahlen vom 12. März haben wie überall, so auch in den Ostprovinzen den Sieg, den die Regierung Hitler am Sonntag zuvor errungen hatte, bestätigt.

1. Die Provinziallandtagswahlen: In fünf von den sechs östlichen Provinziallandtagen haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit gewonnen; im sechsten, oberschlesischen Provinziallandtag verfügen sie gemeinsam mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot über die Mehrheit. Gegenüber den Wahlen vom 5. März hat sich das Verhältnis, da die allgemein geringere Wahlbeteiligung überwiegend zu Lasten der Oppositionsparteien geht, noch weiter zugunsten der Regierung verschoben. Aus nachfolgender Übersicht ist die Mandatsverteilung zu ersehen (in Klammern die Mandatsverteilung nach den letzten Wahlen von 1929):

Provinz	Nationalsoz.	Kampffront (D.N.V.P.)	Andere Parteien
Ostpreußen	51 (4)	11 (27)	25 (52)
Pommern	44 (4)	14 (31)	17 (29)
Brandenburg . . .	52 (6)	15 (29)	29 (47)
Grenzm. Pos.-Westpr.	16 (0)	3 (11)	11 (19)
Niederschlesien . . .	57 (6)	10 (25)	43 (65)
Oberschlesien . . .	24 (0)	5 (10)	26 (39)

2. Die Kreistagswahlen: In Ostpreußen sind die Regierungsparteien nur in zwei Kreisen (Braunsberg und Rößel) in der Minderheit. In allen andern Kreisen bilden sie die Mehrheit, die sich teilweise bis zu vier Fünfteln aller abgegebenen Stimmen erhebt. Die Nationalsozialisten allein sind in Ostpreußen so stark, daß sie nur in drei Kreisen, nämlich Stuhm, Heilsberg und Allenstein-Land, wo ebenso wie in den Kreisen Rößel und Braunsberg das Zentrum stärker vertreten ist, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zur Mehrheit brauchen. In einer ganzen Reihe namentlich masurischer Kreise, bilden die Nationalsozialisten allein die Zweidrittel- bis Dreiviertel-Mehrheit! In Pommern und in der Grenzmark Posen-Westpreußen haben sämtliche Kreistage Regierungsmehrheit. In Niederschlesien gibt es nur einen Kreistag, nämlich Glatz, ohne Regierungsmehrheit. Bis auf einige Ausnahmen: Breslau-Land, Reichenbach, Hoyerswerda, Rothenburg, Schweidnitz, Frankenstein, besitzen hier die Nationalsozialisten überall die z. T. weit überwiegende Mehrzahl der Kreistagsmandate. Schwächer sind die Regierungsparteien nur in den Kreistagen von Oberschlesien vertreten. Sie haben die Mehrheit in den Kreistagen von Beuthen-Land, Tost-Gleiwitz, Ratibor, Kreuzburg, Guttentag, Grottkau und Falkenberg; dagegen sind sie in der Minderheit in den Kreistagen von Groß-Strehlitz, Neustadt, Leobschütz, Neiße, Rosenberg und Oppeln.

3. Gemeindewahlen: Deren hervorstechendstes Merkmal ist, daß die Nationalsozialisten in fast allen Städten des Ostens mit über 50 000 Einwohnern (nach der Volkszählung von 1925) die Mehrheit besitzen (NSDAP. + Kampffront; andere):

Königsberg i. Pr.	36 + 5	23	Kottbus	21 + 5	13
Stettin	33 + 7	21	Liegnitz	26 + 2	19
Breslau	45 + 6	36	Görlitz	23 + 5	20
Elbing	22 + 4	19	Beuthen	26 + 2	19
Tilsit	24 + 4	12	Gleiwitz	24 + 3	21
Frankfurt a. d. O.	27 + 5	12	Hindenburg	25 + 4	19

Mit wenigen Ausnahmen, z. B. Waldenburg, Neiße, ist auch in allen Oststädten mit über 20 000 Einwohnern eine nationalsozialistische bzw. Rechtsmehrheit vorhanden: Oppeln, Ratibor und Brieg, Schweidnitz, Hirschberg und Glogau, Grünberg, Guben und Forst i. L., Landsberg, Schneidemühl und in den pommerschen und ostpreußischen Städten, wie Allenstein, Marienburg, Insterburg, Gumbinnen usw.

*

Besondere Beachtung verdienen die Ergebnisse der Kommunalwahlen hinsichtlich der polnischen Minderheit. Von seiten der Polenbundpresse waren die Wahlniederlagen der Polnisch-katholischen Volkspartei in den letzten Jahren stets damit „erklärt" worden, daß sich ein großer Teil der sog. „polnischen Volksgesamtheit" der Teilnahme an den Reichs- und Landtagswahlen enthalten hätte, weil er die Durchbringung eines polnischen Kandidaten bei diesen Wahlen von vornherein für aussichtslos gehalten habe. Bei Kommunalwahlen fällt dieser Wahlenthaltungsgrund fort. Denn die Aussicht der Polenliste, einen oder den anderen ihrer Kandidaten durchzubringen, ist um so größer, je kleiner der Bezirk ist, für den die Abgeordneten zu wählen sind, und je niedriger daher die Zahl der Stimmen ist, die für die Durchbringung eines Kandidaten erforderlich ist. Man darf also wohl annehmen, daß bei den Wahlen vom 12. März alles, was sich nur irgend zum Polentum bekennt, seine Stimme auf der Polenliste abgegeben hat, und daß die polnische Minderheit bei diesen Wahlen wirklich ihre allerletzten „Reserven" aufgeboten hat. Und doch hat die Polenliste auch diesmal nur wenige Stimmen mehr als bei den Landtagswahlen am 5. März aufgebracht. Die Wahlen vom 12. März haben bewiesen, daß es tatsächlich keine irgendwie nennenswerten „polnischen Reserven" in Deutschland gibt. Die Zahl der zu den Provinziallandtagswahlen abgegebenen Polenstimmen beträgt (in Klammern die Polenstimmen vom 5. März d. J.) in

Ostpreußen	3118	(2978)	Oberschlesien	14 350	(12 678)
Pommern	663	(517)	Grenzmark P.-W.	4 086	(4 066)

Die Polen sind in keinem einzigen preußischen Provinziallandtage vertreten; nicht einmal in Oberschlesien, wo sie bisher drei Abgeordnete hatten. Die von ihnen dort erreichte Stimmenzahl liegt zwar über der Verteilungszahl, doch haben die Polen in keinem der in Frage kommenden Landkreise die Verteilungszahl selbst erreicht, so daß sie auch keinen Anspruch auf Zuerteilung eines Sitzes im Provinziallandtage haben. Dagegen können die Polen in einige östliche Kreistage ihre Vertreter entsenden; und zwar in zwei ostpreußische (Allenstein und Stuhm), drei grenzmärkische (Bomst, Meseritz und Flatow), einen pommerschen (Bütow) und sechs oberschlesische (Beuthen, Tost-Gleiwitz, Groß-Strehlitz, Rosenberg, Ratibor, Oppeln). Wie sich aus folgender Übersicht ergibt, sind sie jedoch auch hier überall so schwach vertreten, daß sie gegenüber den deutschen Parteien völlig bedeutungslos sind:

Kreistag	Allenstein	2	Polen	22	Deutsche
„	Stuhm	2	„	20	„
„	Bütow	1	„	19	„
„	Bomst	1	„	19	„
„	Flatow	3	„	20	„
„	Meseritz	1	„	20	„

Am wichtigsten ist das Ergebnis der Kommunalwahlen hinsichtlich der Polen in Oberschlesien. Die Polen haben ihre Stimmenzahl hier bei den Provinziallandtagswahlen gegenüber den Wahlen zum Preußischen Landtag vom 5. März von 12 678 auf 14 350, also um etwa 1800 erhöhen können. Mit diesen 1800 Stimmen dürften in Oberschlesien die letzten polnischen Reserven, von denen die Polenbundpresse gesprochen hat, aufgeboten sein. Bei den Provinziallandtagswahlen i. J. 1929 hatten die Polen noch über 30 000 Stimmen in Oberschlesien aufgebracht; sie haben jetzt also über die Hälfte ihres damaligen Besitzes verloren. Sie sind, wie erwähnt, jetzt im oberschlesischen Provinziallandtage nicht mehr vertreten, hingegen können sie noch in sechs Kreistage (von 14) insgesamt acht Vertreter entsenden. Bisher waren sie in neun oberschlesischen Kreistagen mit zusammen 23 Abgeordneten vertreten. In den sechs kreisfreien Städten der Provinz haben sie überhaupt kein Mandat. Bei den dortigen Stadtverordnetenwahlen haben sie folgende Stimmen, verglichen mit den abgegebenen deutschen Stimmen, erhalten:

Beuthen	604	(53 641)	Oppeln	67	(22 470)
Gleiwitz	523	(55 056)	Ratibor	386	(26 288)
Hindenburg	1118	(65 141)	Neiße	—	(18 421)

Bisher waren die Polen in den Stadtverordnetenversammlungen von Beuthen, Ratibor und Gleiwitz mit einem und in Hindenburg mit zwei Sitzen vertreten. Bei den Kreistagswahlen haben die oberschlesischen Polen nachstehende Stimmen und Mandate erhalten (in Klammern die Zahl der deutschen Mandate):

Beuthen	1330	1	(26)	Neustadt	437	—	(28)
Tost-Gleiwitz	1183	1	(26)	Guttentag	252	—	(17)
Ratibor	1473	1	(40)	Rosenberg	975	1	(24)
Cosel	677	—	(27)	Oppeln	2818	2	(33)
Groß-Strehlitz	2629	2	(26)				

In den Kreistagen von Cosel und Neustadt hatten die Polen bisher noch je ein Mandat inne; im Oppelner Kreistag sind sie von fünf auf zwei, im Groß-Strehlitzer von vier auf zwei, in den Kreistagen von Beuthen, Gleiwitz, Ratibor und Rosenberg von drei auf ein Mandat gesunken; im Kreistag von Guttentag haben sie die zwei Mandate, die sie dort besessen hatten, verloren. — Der Gesamteindruck der Wahlen vom 12. März ist der, daß die Polen trotz ihrer Zunahme gegenüber den Landtagswahlen vom 5. März keinen Anlaß haben, von einem Wiederaufleben ihrer in den letzten Jahren in sich zusammengesunkenen Minderheit zu sprechen. Die Polenbundführer hatten zweifellos erwartet, daß die Kommunalwahlen ein starkes Anwachsen der Polenliste bringen würden. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt.

Der internationale Historikerkongreß.

Dem nächsten internationalen Historikerkongreß, der im August d. J. in Warschau stattfinden wird, wird eine ganz ungewöhnliche Aktualität zukommen. Der „Kurjer Poznanski" (9. März 1933) berichtet, daß auf diesem Kongreß nicht weniger als 37 ausländische (d. h. nicht polnische) Gelehrte Referate über Fragen der Geschichte Polens halten werden. Außer polnischen werden auch deutsche, englische, italienische, ungarische, russische, dänische und französische Gelehrte über die verschiedensten Perioden der polnischen Geschichte referieren. Mehr als jede andere internationale Tagung von Wissenschaftlern wird dieser Kongreß politische Bedeutung besitzen, da hier die polnische Wissenschaft eine hervorragende Gelegenheit hat, die politischen Gegenwartsziele, die sie mit ihrer Arbeit zum größeren Ruhme Polens verfolgt, den prominenten Vertretern der historischen Wissenschaft der verschiedensten Nationen zu vermitteln. Mit um so größerer Sorgfalt wird die Gruppe der deutschen Historiker, die an diesem Kongreß teilnehmen, zusammengestellt werden müssen.

Juden und Polen.

Unerwünschte Heimkehrer.

Besonderen Kummer scheinen den Polen seit einiger Zeit die Juden in Deutschland zu bereiten. Die polnische Presse berichtet täglich über die schlechten Zeiten, die jetzt über die Juden in Deutschland hereingebrochen seien; diese würden jetzt in Massen aus den öffentlichen Ämtern und anderen netten Posten entfernt. „In allen deutschen Städten", schrieb z. B. der „Ilustr. Kurj. Codz." am 9. März d. J., „nehmen die Überfälle auf Juden zu. .... Die sich mit jedem Tage mehrenden judenfeindlichen Ausschreitungen nehmen in einigen Städten den Charakter ausgesprochener Pogrome (!) an, was unter den Juden Panik erregt." Wir wissen nicht, ob in der Redaktion des Krakauer „Kurjer" auch die „C. V.-Zeitung", das Blatt des sog. „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gelesen wird. An demselben Tage, an dem der „Kurjer" in so bewegten Worten über die „Judenverfolgungen" in Deutschland berichtete, war in der „C. V.-Zeitung" u. a. folgendes zu lesen: „Mit Genugtuung können wir feststellen, daß in diesen entscheidenden Tagen die staatlichen Gewalten in jedem Augenblick das Heft fest in der Hand gehabt haben. Das Versprechen, das Leben und Eigentum jedes friedliebenden Bürgers, auch des jüdischen, unbedingt zu schützen, ist gehalten worden." Wir können wohl feststellen: Niemand, der eine reine Weste hat, hat es nötig, Deutschland mit der Plötzlichkeit, mit der das heute vielfach geschieht, den Rücken zu kehren. Nach dem „Kurjer" hat „eine Massenflucht von Juden aus Deutschland" eingesetzt. „Die Züge nach Frankreich und der Schweiz," schreibt er, „sind mit Flüchtlingen überfüllt, die das Land Hitlers verlassen. . . . Und das polnische Konsulat in Berlin wird von Hunderten von Bittstellern geradezu belagert, die ihre Pässe eiligst visieren und erneuern lassen, um mit dem nächsten Zuge nach Polen abzureisen." Von dort sind sie ja auch meistens hergekommen! Aber die Polen scheinen sich über ihre Heimkehr gar nicht zu freuen. Der „Kurjer Poznanski", ein ebenso deutsch- wie judenfeindliches Blatt, begrüßt die Heimkehrer mit gemischten Gefühlen. Er regt sich mächtig, aber mit wenig innerer Wärme über die angeblichen Judenverfolgungen in Deutschland auf; ehrlich wird sein Schmerz erst bei der Feststellung, daß es vielen Juden jetzt anscheinend in Polen wieder besser als in Deutschland zu gefallen beginnt. „Sollen denn noch mehr germanisierte und bolschewisierte Juden zu uns kommen?" jammert der „Kurjer Poznanski". „Welcher Staat soll denn diese Drohnen und die moralische Zersetzung aushalten? . . . Ist denn Kattowitz noch nicht in genügendem Maße ein polnisches Palästina"?

Polen und Kommunisten randalieren.

In den Tagen vor den Wahlen hatten schon mehrmals polnisch-kommunistische Rädelsführer versucht, die SA. in Kietz (Kr. Flatow) zu provozieren. Sie rempelten Angehörige der NSDAP. an und brachen auch die am Spritzenhaus aufgestellte Fahnenstange der NSDAP. um. Nach Abschluß der Wahl, als sie auf Grund des bekanntgewordenen Ergebnisses ihre Niederlage feststellen konnten, begannen sie von neuem, deutsche Dorfbewohner und Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit unflätigen Worten zu beschimpfen und durch Anrempeleien zu Schlägereien aufzureizen. Als sie sich zu Gruppen zusammenrotteten und Drohungen gegen die nationalen Bewohner ausstießen, wurde von dem SA-Führer in Kietz Verstärkung aus Flatow angefordert. Bei Herannahen der Polizei und der Hilfspolizei suchten Polen und Kommunisten ihr Heil in der Flucht. Ein Teil von ihnen konnte gefaßt werden. Interessant und ein neuer Beweis dafür, daß die polnischen Minderheitenschulen in den Ostprovinzen kommunistische Wespennester sind, ist die Tatsache, daß etwa 12 bis 15 Mann der Radaubrüder Zuflucht in der polnischen Schule gesucht und sich dort eingeschlossen hatten.

Ein begründeter, aber wirkungsloser Verweis.

Wie die „Weichselzeitung" berichtet, hat das Bischöfliche Generalvikariat in Frauenburg dem polnischen Pfarrer Osinski in Wuttrienen, Kr. Allenstein, wegen seines unerhörten Verhaltens gelegentlich einer Beerdigung seine Mißbilligung ausgesprochen. Wie erinnerlich, hatte dieser Polenpfarrer durch sein Geschrei die Begräbnisfeier eines Stahlhelmmannes in der ungebührlichsten Weise gestört, indem er den Kameraden des Toten verbot, mit der schwarzweißroten Fahne den Friedhof zu betreten und dem Verstorbenen in militärischer Weise die letzte Ehre zu erweisen. Er hatte ferner durch den Friedhofswärter die schwarzweißroten Schleifen von den Kränzen entfernen und in den Dreck treten lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Repräsentant des polnischen Katholizismus sich durch den bischöflichen Verweis in seinem künftigen Verhalten wird beeinflussen lassen. Immerhin ist es anerkennenswert, daß das Generalvikariat zu diesem skandalösen Auftreten Osinskis, der übrigens der Leiter des Landesverbandes Ostpreußen im Polenbunde ist und als polnischer Abgeordneter im Allensteiner Kreistage sitzt, nicht völlig geschwiegen hat.

Deutsche Wacht an der Weichsel.

Von Kurt Oskar Bark.

(2. Fortsetzung.)

„... die Lümmel mit den roten Schleifen ... kommt wirklich nicht auf ein paar hundert an ... werden übergenug neue fabriziert davon. Durchgreifen muß man, sage ich, eisern durchgreifen!"

„Herr Doktor, wir waren leider im entscheidenden Moment anderweitig beschäftigt!"

„... Sage ja nichts gegen die Braven da draußen. Wir haben alle unsere Fehler gemacht, böse Fehler. Aber schließlich ist es doch nicht zu spät ..." Der Doktor hat das Gefühl, als sei er eben böse angeknurrt worden, leise und drohend.

Kerber starrt zum Fenster hinaus. Schwarze Bäume geistern vorbei. Manchmal ist Licht in einem fernen Fenster. Nichts ist zu spät, solange man lebt. Kerber denkt es und schweigt. Aber wozu? Er ist am ersten Mobilmachungstage Soldat geworden, freiwillig, knapp achtzehn Jahre alt. Er wollte dabei sein. Und ein Jahr später warf man ihm vor, seine freiwillige Meldung sei Drückerei vor der Infanterie gewesen. Also wozu? Er zieht den Mantel an, schnallt um. Er mustert die Erdkrümel im Silbergeflecht seines Portepees. Aus welcher Gegend Frankreichs stammen sie?

„Wiedersehen, Herr Doktor." Er wuchtet seinen Holzkoffer in den Gang, hängt sich den Stahlhelm auf den Arm. „Nee, mein Lieber, das gibt's nicht," sagt er zu dem alten Schaffner, der ihm auf dem Bahnsteig den Koffer abnehmen will. „Aber wenn Sie mir zeigen, wo ich die Kiste sicher unterstellen kann ..." Der alte Tockarski, für heute dienstfrei, führt ihn. Zum Dank verschleppt ihn Kerber in den Wartesaal.

Das Aroma dort nannte man an der Front „warmer Mief", der laut Frontweisheit „besser ist als kalter Ozon". Die Kellner sind unhöflich, sie wissen noch nicht, wie sie sich als Neurepublikaner benehmen sollen. Sie verkaufen eine Flüssigkeit mit flüchtigem Schaum, die sie Bier, Limonade, Brause nennen ... je nach der Bestellung.

Soldaten, Frauen, Kinder schlafen an den Tischen, das Gepäck mit den Füßen haltend. In einer Ecke stehen zwei Soldaten, spielen mit verbissenem Gesicht Siebzehn und Vier. Auch Heimkehrer sind da, mit Affen und Knarre. Sie sitzen selten still, fragen jeden Beamten, jede Beamtin nach Anschlüssen. Sie wollen nach Hause.

Der alte Tockarski erzählt gesprächig von seiner Familie. Sein Ältester ist gefallen. Der Zweite, noch nicht eingezogen — er hat eine schwache Lunge — wird Lehrer. Und die vier Bengels da drüben, die hätten ihn im Zuge geärgert. Ja, Kerber kennt sie. Die Brüller aus dem Nebenabteil.

„Gute Nacht, Herr Tockarski ..." Kerber wandert den altbekannten Weg durch die Buschkämpen, der langen Weichselbrücke nach Osten zu. Still und gefroren liegt die Tote Weichsel. Da, wo die Brücke beginnt, springt ihn der Ostwind an, hart und schneidend. Die Schritte poltern auf dem Bohlenbelag. Weit unten glucksen die gelben Wasser, die sich jährlich neu einen Weg im versandeten Strombett suchen. Halbe Lichter voraus künden die alte Ordensstadt an.

Kerber empfindet keine Einzelheiten. Neben ihm schiebt sich der D-Zug vorsichtig über die Brücke, das Schlußlicht versinkt bald.

„Das alles ist alt und lieb, das alles gehört mir wieder. So, und jetzt werden wir wieder von vorn anfangen." Er schreitet aus, von einem Hochgefühl durchdrungen. „Außerdem habe ich Hunger!"

In das Ufer geduckte Kneipen blitzen links der Brücke auf. Dort, entsinnt sich Kerber, darf man als Schüler nicht hingehen. Die Flissaken habe irgendein Verfahren erfunden, den Brennspiritus trinkbar zu machen. Die Flissaken ... Auf langen Flößen kommen sie aus sagenhafter Ferne, von den Karpathen vielleicht oder aus den Wäldern am Bug und Narew ...

Im Torbogen des Brückenkopfs tritt ein Posten von einem Bein aufs andere. Kerber, nach viertägiger Revolutionserfahrung, prüft den Inhalt seiner Feldflasche. „Halt, wer da?!" ruft der Mann mit der Knarre, die mit der Mündung nach unten zeigt.

„Sag ich nicht! Bist mir nicht verschwiegen genug," sagt Kerber, und lacht fröhlich. „Willst einen Schnaps?!" Der Soldat kommt näher, steckt die verfrorene Nase aus dem Mantelkragen und klappt mit den Hacken. Dies nicht, weil er einen Offizier vor sich hat, sondern es ist wirklich kalt. Er langt sich die Flasche, für Augenblicke beleuchtet die Laterne die Kehle, die dreimal auf und ab hüpft.

„Äh ... h," sagt er. „Das wärmt. Hamse vielleicht ne Zigarette, Herr Leutnant?"

„Klar, Mensch. Aber auf Posten?"

„Wat heeßt hia Posten? Wia sinn ja man bloß noch Privatanjestellte, uns saacht keena wat. Jebrigens, Herr Leutnant, machen Se sich man lieba den Quatsch da ab" — er zeigt auf die Achselstücke — „det jiebt bloß Ärja. Danke. Donnawetta, nu ha'k ooch die Streichbolzen vajeßn. Danke!"

„Den Vers kenn ich schon. Den sagen sämtliche Leute auf von Brüssel bis Thron. Wird abgelehnt. Was macht sich denn so im Städtchen?"

„Weeß nich. Der Schnaps is iebrijens gut. Wo hamse den her, Herr Leutnant? Mir hamse hier behalten, fünf Mark den Tag extra,

Neues aus Polen.

Protest gegen das Hochschulgesetz.

Das neue Hochschulgesetz, durch das die Selbstverwaltung der polnischen Universitäten und Hochschulen beseitigt wird, ist am 4. März nach zehnstündiger Aussprache, während welcher die Redner der Opposition noch einmal ihre Bedenken gegen das Gesetz ausführlich darlegten, im Senat mit den Stimmen des Regierungsblocks gegen sämtliche Oppositionsparteien verabschiedet worden, nachdem es vorher schon im Sejm angenommen worden war. Die Opposition bezeichnete das Gesetz als eine Katastrophe für das polnische Universitätsleben, als eine Vergewaltigung der Lehr- und Unterrichtsfreiheit in Polen. Sofort nach der endgültigen Annahme des Gesetzes trat in Warschau eine Konferenz der Rektoren der polnischen Universitäten unter dem Vorsitz des Rektors der Krakauer Universität, Prof. Kutrzeba, zusammen. Es wurde beschlossen, daß sämtliche Rektoren zum Zeichen des Protestes ihre Ämter niederlegen und neue Rektoratswahlen an ihren Universitäten ausschreiben. Konsequenz scheint nicht die Stärke der polnischen Hochschulrektoren zu sein. Sie sind, nachdem sie von den Senaten wiedergewählt worden sind, in ihre Ämter zurückgekehrt. Somit war ihr Protest nichts anderes als eine ziemlich klägliche Demonstration.

Hungerstreik der Grodnoer Beamten.

Die städtischen Beamten der russisch-polnischen Stadt Grodno waren in einen dreitägigen Hungerstreik getreten, weil ihnen schon seit Monaten kein Gehalt ausgezahlt wurde. Die Beamten hatten während des Streiks die Büros nicht verlassen. Die Stadtverwaltung hat sich an das Innenministerium mit der Bitte um Gewährung einer Anleihe gewandt.

Frauen-Mobilisierung.

Am 24. Februar fand in Warschau im Beisein der Frau des Ministerpräsidenten Prystor eine Sitzung des Hauptausschusses der Organisation zur militärischen Vorbildung der Frauen statt. Es wurde u. a. festgestellt, daß dieser kriegerische Frauenbund im ständigen Wachsen begriffen sei und „eine ungemein wichtige Arbeit“ leiste. Außer der Vorbereitung der Frauen für einen Kriegsfall erstreckt sich seine Tätigkeit auch darauf, gegen den Kleinmut zu kämpfen und den Glauben an die Kraft und die Macht Polens zu stärken. Aus einem Bericht der Befehlshaberin des Warschauer Kreises, Podhorska, ging hervor, daß die militärische Organisation der Frauen augenblicklich etwa 20 000 aktive Mitglieder, die sämtlich an den militärischen Übungen teilnehmen, umfasse. Der Gedanke einer solchen Organisation sei schon unmittelbar nach dem Kriege aufgekommen, habe aber erst 1928 feste Formen angenommen. Die Vereinigung habe ein doppeltes Ziel, einmal eine allgemeine militärische Ausbildung und ferner sachgemäße Vorbildung der Frauen für den Kriegsfall.

Verfall der öffentlichen Moral.

Polnische Zeitungen veröffentlichten eine interessante Statistik über den Verfall der öffentlichen Moral in Polen. Die Verbrechen werden nach den Untersuchungen nicht nur aus materieller Not begangen, sondern der völlige Verfall der öffentlichen Moral ist in nicht unerheblicher Weise mit schuld daran. Die Zahl der Sexualverbrechen ist von 795 im Jahre 1925 auf 1237 im Jahre 1931 gestiegen, die der Hochverratsverfahren von 43 im Jahre 1926 auf 597 im Jahre 1931, die Zahl der Diebstähle von 208 073 im Jahre 1925 auf 356 114 im Jahre 1932, die Zahl der Unterschlagungen von 15 206 im Jahre 1925 auf 30 556 im Jahre 1932. Die Zahl der Morde ist nicht aufgeführt, jedoch wird festgestellt, daß sie sich seit 1925 verneunfacht hat, und zwar trotz Einsetzung der Standgerichte, die ihre abschreckende Wirkung völlig verfehlt haben.

Menschenjagd.

Der polnische Grenzwachtkommissar in Neustadt (Pommerellen) hat einen Geheimbefehl an die Grenzwachen erlassen, in dem er diese auffordert, sobald als möglich einen Angehörigen des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes zu ergreifen. Der Angehörige des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes solle von den polnischen Behörden festgenommen und verhört werden. Gelegenheit zur Ergreifung würde sich bieten, sobald der freiwillige Arbeitsdienst in der Grenznähe tätig sein werde. Es schade nichts, wenn bei dieser Gelegenheit die deutsche Grenze verletzt werde; er werde persönlich jeden polnischen Beamten decken, der sich bei der Gelegenheit einer Grenzverletzung schuldig mache. Für die Ergreifung des Angehörigen des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes ist für den Grenzwächter eine Belohnung von 50 Zloty ausgesetzt worden.

Ruhmloser Tod.

Wie aus Lodz berichtet wird, konnte die diesjährige Bundestagung des sogenannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes“ in Lodz „aus technischen Gründen“ nicht stattfinden. Die Jahresversammlung der Lodzer Ortsgruppe dieses Bundes war nämlich nur von fünf Personen besucht. Es ist zu wünschen, daß diese von den Polen ausgehaltene pseudodeutsche Organisation recht bald endgültig von der Bildfläche verschwindet.

Ooch jut, ha'k ma jedacht, in Balin is ja ooch nich ville zu wolln. Also bleib ick hia und schieb Wache...“

Kerbers Fragen nach der Lage in Thorn begegnen umfassender Ahnungslosigkeit. Garnisonsoldatenrat, Truppensoldatenräte ... der Berliner sagt was von „Polackengesindel“ ... es ist nicht viel zu erfahren. Er wandert weiter, zur Altstadt. Fünfzig Schritte vor seinem Hotel ruft ihn eine Patrouille an. Ich bin gerade in der Laune, denkt Kerber, wenn die Kerls frech werden, dann knallt's...

„Den Ausweis bitte...“

„Seit wann ist das üblich, wie?“

„Kommandanturbefehl!“

„So? Haben Sie ihn da? Ich kenne ihn nicht.“

„Sie scheinen hier noch neu zu sein, Herr... (die Stimme kenn ich doch, denkt Kerber)... sonst würden Sie keine langen Redensarten machen...“

Kerber holt seinen Marschbefehl heraus. „Bitte, ich sollte mich heute früh, 18. 11., draußen auf dem Schießplatz melden. Wegen Zugverspätung unmöglich.“

„Genügt nicht. Haben Sie einen Ausweis der Kommandantur? Müssen Sie haben.“

„Schön. Besorg ich mir morgen. Oder regiert Ihr auch bei Nacht?“

Dem Patroillenführer mißfällt diese Antwort sichtlich. Er hat das Pech, daß ihn Kerber erkannt hat. Und als er sagt: „Ferner haben Sie sofort die Waffen abzuliefern und die Achselstücke abzulegen!“ da macht des Leutnants Galle einen Satz. Er bohrt sich mit dem Zeigefinger in der Schläfe und geht.

„He! Siel!“

Kerber kennt allzu genau das Geräusch des ausschnappenden Sicherungsflügels. Er dreht sich um und tritt dem Patrouillenführer fast auf die Zehen:

„Such dir für deine dämlichen Witze einen anderen aus, Antek, aber nicht mich. Hätt' ich dich nicht erkannt, Freundchen, dann hättst du schon ein bildschönes Löchlein im Bauch. Du weißt doch, daß ich schießen kann, was? Kornatowo. Flaschenhälse im Dorfteich. Also...“

„Ja, Mensch, Franzl!“ Das Mitglied des Sicherheitsdienstes der Garnison Thorn, Mitglied des Vollzugsausschusses des Garnisonsoldatenrats, Anton Klimek, wandelt sich aus einem zielbewußten Revolutionär in einen glücklich vergnügten Jungen. „Mensch, Franzl!“

„Gute Nacht, Antek. Besuch mich morgen im ‚Thorner Hof‘!“

Anton Klimek weiß nicht recht, was er den beiden Genossen sagen soll. Der Leutnant ist schon weit, gleich ist er im Hotel. Eigentlich...

„Genossen, warum der Leutnant is, weiß ich nich. Jedenfalls is es ein anständiger Kerl. Der war mit mir auf dem Bau, vorm Krieg...“

Die Genossen müssen sich abfinden...

Der D-Zug hat wohl schon seine deutsche Grenzstation erreicht. Der Ostwind hat den Himmel reingefegt, Sonne strahlt in die Novemberwelt. Als Kerber die Augen aufschlägt, nimmt er sich Zeit, um zu begreifen, daß er weder im Unterstand noch in der Eisenbahn noch in einem Wartesaal liegt, sondern in einem richtiggehenden Bett. Zärtlich streichelt er die Kissen, dann springt er auf und wäscht sich mit genießerischer Sorgfalt.

„Wozu beeilen? Der Krieg ist aus. Das ist gleich, ob ich einen Tag zu spät komme oder zwei. Überhaupt...“

Dieses Überhaupt lehnt die Gegenwart ab und malt sich eine Zukunft, die ebenso rätselhaft ist wie schön.

Er mustert seinen Anzug. Der Rock hat Dreiecke, ganz abgesehen von den Fransen. Hinten, querüber, hat die Hose einen Flicken. Kerber mustert ihn, denkt freundlich an den Splitter bei Audignicourt. „Zwei Zentimeter näher, und ich könnte mein lebelang auf dem Bauch sitzen!“ Er tanzt nackt vor dem Spiegel herum, betrachtet aufmerksam die Narben. „Ich weiß: ich laß mir an jede Narbe Ort und Datum tätowieren, das ist doch was? An der Schulter, das ist schon nicht mehr wahr. Das war fünfzehn am Narew. Schrapnell. Das an der Backe ist von Quentin. Nein, im Gesicht kann ich mich nicht tätowieren lassen, das geht nicht. Und die Splitternarbe am Knie, die ist vom Chemin des Dames. Das geht erst recht nicht, nein! Hohoho!“

In heiterster Laune steigt er ins Frühstückszimmer und bestellt beim Kellner laut und deutlich Spiegeleier auf Schinken, frisches Weißbrot und Tee mit zweimal Zucker. Der alte Kellner stutzt nur einen Augenblick, dann sagt er Jawohl und bringt Kornkaffee, Marmelade und Kunsthonig. Brot gibt es nur gegen Marken, Kerber muß an den eigenen Brotbeutel gehen.

Hinter den Zeitungen im Frühstückszimmer wird ein bißchen gelächelt. „Es ist nicht richtig, Herr Major,“ erklärt er einem Tischnachbarn, „daß wir die Arbeit der Generalstabsoffiziere unterschätzten. Nur, ich bitte um Vergebung, aber es ist so: sobald sich in der Batterie Generalstabsoffiziere oder gar der Schallmeßtrupp hören ließen, hatten wir Tote...“

Ihm ist so frühlingsfroh zumute, er könnte heute glatt mit Hindenburg über Mikosch reden. Die Welt ist schön, wenn nicht geschossen wird. Und wenn der Krieg weitergehen soll, gut, so ist er heute nicht und vierzehn Tage lang nicht, und dann mag es wieder losgehen.

Der Major fragt interessiert nach Einzelheiten von draußen, er lächelt nicht. Er will Kerbers Meinung über die Waffenwirkungen wissen, über Stimmung an der Front, Einstellung zum Kriege überhaupt und zum Gegner.

(Fortsetzung folgt.))

Ostland-Kultur

Adolf Hitlers Kampf für die deutsche Freiheit.

Von Dr. Franz Lüdtke.

Von dem Hause, in dem der Deutsche Ostbund sein Heim hat, weht neben der schwarzweißroten Fahne die Fahne der deutschen Revolution: auf rotem Grund ein weißes Feld, darin das schwarze Hakenkreuz.

Mit diesem Symbol hat sich seit 14 Jahren eine Bewegung großgekämpft, die, in ihren Anfängen kaum gekannt und fast unbeachtet, nun so machtvoll gewachsen ist, daß sie mehr als die Hälfte der deutschen Menschen umfaßt, ja, daß sie das deutsche Leben fast beherrscht. Der Kanzler des Deutschen Reiches, Bismarcks erster wahrhafter Nachfolger, ist Adolf Hitler, der Begründer und Führer der NSDAP. In fast allen deutschen Ländern und nun auch in den Vertretungen der Provinzen, Kreise und Gemeinden herrscht der Geist der deutschen Freiheitsbewegung. Ein ungeheurer Sturm fuhr über alles deutsche Land dahin, fuhr in die Seelen der Männer, der Frauen, der Jugend. Aufgerüttelt wurden die Menschen, aufgeweckt nach langem und oft sehr tiefem Schlaf — und nun steht das Volk auf, zu einem Aufbruch, einem Aufstieg, zu neuer Zukunft.

Ja, es ist eine Revolution gewesen, die wir in diesen Jahren und mit aller Stärke in den letzten Wochen und Tagen erlebt haben; nicht zu vergleichen mit jener Revolte zuchtloser Meuterer und volksfremder, volksfeindlicher Gesellen, die 1918 Deutschland im Augenblick höchster Not ins Unglück stürzten. Diese Revolte artete sehr bald in eine Lohnbewegung aus und erstickte schließlich in der Inflation. Während das Volk verelendete und immer mehr zur bloßen Masse wurde, verstanden Demagogen und geschäftstüchtige Nutznießer, diese Masse sich dienstbar zu machen und auszubeuten. Ein Regiment der unfähigsten Bonzokratie entstand; jene aber, die bequem in ihren Sesseln saßen, wähnten, daß dieses Schlaraffenland ewig dauern würde.

Aber alle Dinge haben ihr Schwergewicht. Diejenigen Machtgruppen, die für dieses Regiment verantwortlich waren, konnten zwar deutsche Ehre und Zukunft ans Ausland verschleudern, konnten die deutsche Freiheitsbewegung zu erwürgen versuchen — konnten aber die volkswirtschaftlichen Probleme nicht lösen und vor allem die ungeheure Not der Arbeitslosigkeit und damit die Verzweiflung nicht lindern. Schmachvoll war, was uns gerade die letzten Jahre gebracht haben; kein Volk von nationaler Ehre versteht die Würdelosigkeit, die bei uns zur Alltäglichkeit wurde. Auf deutschbewußte Studenten wurde die Polizei losgelassen, die man in der Gesinnung des Bruderhasses erzog; Volksgenossen hetzte man gegen Volksgenossen, Arbeiter gegen Arbeiter. Nie wurden die Reichen, nie die Kapitalisten von dem Mord der Unterwelt erreicht; immer waren es Arbeiter, immer schaffende Menschen der Stirn oder der Faust, die von Dolch und Kugel getroffen wurden. Das Ausland mußte uns verachten, wenn es sah, daß beim feierlichen Gedenken an die Skagerrakschlacht die deutschgesinnten Bürger der Reichshauptstadt, die den Zug der Ehrenwache durch Berlin begleiteten, von fast sinnlos gewordenen Horden, die sich „Polizei“ nannten, niedergeknüppelt wurden, Frauen darunter und selbst Kinder.

In diesen Jahren der Entehrung und Schamlosigkeit wuchs die deutsche Freiheitsbewegung. Man mochte die Partei verbieten, die SA und SS auflösen und verfolgen, selbst Knaben niedermetzeln, man mochte von hoher amtlicher Stelle aus den „Ausländer“ Adolf Hitler mit der Hundepeitsche bedrohen, man mochte die Zeitungen verbieten, die Redner hindern, die Beamten, die sich zum Hakenkreuz bekannten, aus ihren Ämtern jagen — nichts nützte, nichts, nichts! Der Aufbruch war da, das Volk stand auf, es marschierte. Zuerst Wenige, dann Tausende, dann Hunderttausende, dann Millionen. Man ließ die Unterwelt gegen sie los, man ließ den Mord sich gegen das erwachende deutsche Volk organisieren; es nützte nichts. Die Freiheitsbewegung marschierte.

Immer grämlicher, immer verbissener wurden die Gesichtszüge der Feinde des deutschen Erwachens; immer leuchtender aber strahlte aus den Augen der jungen Nation der Glaube an den Sieg, immer gestraffter wurde die Haltung, immer einsatzbereiter, ja, todeswilliger der Mut derer, die sich der Bewegung und ihrem Führer zugeschworen hatten.

*

Und dann — geschah das Wunder, das deutsche Wunder, das immer wieder geschieht, wenn es mit Deutschland zu Ende zu sein scheint. Der Führer war geboren, stand da — zuerst ein Unbekannter, ein Arbeiter, ein kleiner Soldat des Weltkrieges, ohne Rang, ohne Geld, ohne Titel und Würde — aber mit dem Glauben an seine Sendung und an die Sendung seines Volkes. Und dieser Glaube zwang die anderen, dieser Glaube zwang die Mächte der Unterwelt, zwang schließlich sogar den deutschen Philister.

Die Stunde kam, da alles das aus den Reihen des alten Deutschland, was noch lebenskräftig und zukunftsgläubig war, der Freiheitsbewegung die Hand reichte. Die Stunde kam, da der Feldmarschall des Weltkrieges, der Reichspräsident v. Hindenburg, Adolf Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches berief. Die Stunde kam, da das Horst-Wessel-Lied Wahrheit wurde, da die Hitlerfahnen über allen Straßen wehten. Die Stunde kam, da neben dem alten Schwarz-Weiß-Rot das Hakenkreuz in Sturm und Sonne weht.

Der Deutsche Ostbund, dessen Schirmherr der Sohn Posens, der Ostmarkbefreier Hindenburg ist, hat aus der Entwicklung der letzten Zeit die allein mögliche Folgerung gezogen. Er ist seinem Schirmherrn gefolgt, er hat in einem klaren, nicht mißverständlichen Wahlaufruf sich zu der von Hindenburg berufenen Regierung, zur Staatsführung Adolf Hitlers bekannt. Der Deutsche Ostbund, immer schon national und als nationale Organisation von den ehemaligen Machthabern oft genug aufs schärfste bedroht und bekämpft, hat sich damit bewußt und eindeutig der großen nationalen Front, der deutschen Freiheitsbewegung, der deutschen Revolution eingegliedert.

Der Deutsche Ostbund weiß, daß diese Revolution auch die Ostmark befreien, daß über der Heimat an Weichsel, Warthe und Memel neben der alten schwarzweißroten die neue Reichsflagge wehen wird, das Hakenkreuz.

Das Hakenkreuz: das uralte arische, germanische Zeichen des Sonnenrades! Das Sonnenrad, das Symbol des Lichtes — es rollt nach langer Winterzeit, nach lastendem Dunkel wieder am Himmel empor, einen neuen Tag, einen neuen Frühling verkündend.

Der Sturm braust machtvoll auch durch die deutsche Welt. Es ist März geworden, der Frühling naht. Ein Volk stand auf, ein Volk begann eine neue Epoche seiner Geschichte, begann den Vormarsch in sein drittes Jahrtausend.

Treue.

Auf, bleibet treu und haltet fest,
So wird euch mehr gelingen;
Wer sich von Gott nicht scheiden läßt,
Der kann die Hölle zwingen.
Der alte Gott, der treue Gott
Läßt sich noch immer schauen
Und macht des Teufels List zu Spott
Und seinen Stolz zu Grauen.

Auf, bleibet treu und haltet aus,
Wie Lug und Trug auch schnauben!
Der Herr dort oben hält noch Haus
Und schirmt den rechten Glauben:
Den Glauben, daß die Welt vergeht,
Wenn Männertreue wanket,
Den Glauben, daß wie Sand vergeht,
Was um die Lüge ranket.

Denn Treue steht zuerst, zuletzt
Im Himmel und auf Erden!
Wer ganz die Seele drein gesetzt,
Dem soll die Krone werden.
Drum mutig drein und nimmer bleich,
Denn Gott ist allenthalben,
Die Freiheit und das Himmelreich
Gewinnen keine Halben.

Ernst Moritz Arndt.

Fern-Ost.

Von **Prof. Dr. Waldemar Oehlke.**

Der Versailler „Friedensvertrag“ war ein Macht-, kein Rechts-Akt. Die Grenzen unseres deutschen Ostens sind Macht-, nicht Rechts-Grenzen. Der fernöstliche Konflikt war in Genf bisher als Rechtsfrage behandelt worden. Eine solche ist er in Wirklichkeit nie gewesen, wie ja jeder wußte. Von Anfang an war er eine Machtfrage. Es mußte nur jemand kommen und Japan wieder aus der Mandschurei hinauswerfen. Dann war alles in Ordnung. Aber niemand getraute sich. Und nun geht die Sache weiter ihren Machtweg. Der Stärkere wird recht behalten. Wer wird der Stärkere sein?

Als ich mich s. Zt. monatelang in stiller Spezialbibliothek Tokios in die japanische Literatur vertieft hatte, wußte ich, daß die Traditionen diesem Volk der aufgehenden Sonne den Weg zur Weltherrschaft wiesen: China, Asien, Erdkreis. Der erste Schritt führte nach Mandschukuo, der zweite muß über Dschehol nach Peking führen. Zugeben werden Japaner immer nur das unabänderlich Geschehene, nicht das insgeheim Erstrebte. Je heftiger sie etwas ableugnen, um so größer ist seine Wahrscheinlichkeit. Nur darf man nicht das Sensations-Bedürfnis des Westens voraussetzen. Ein Jahrhundert kann dort soviel gelten wie bei uns ein Tag.

Man ist überhaupt bei uns geneigt, den ostasiatischen Konflikt zu sehr mit den Augen des Völkerbundes, und wenn das nicht, doch mit europäischen Augen zu sehen. Beurteilen kann ihn eigentlich nur, wer sich in beide Völker, sowohl das japanische wie das chinesische hineingelebt hat, nicht in gemeinsamen Zerstreuungen oder vor Sehenswürdigkeiten, sondern in gemeinsamer Arbeit. Das diplomatische Spiel sieht dann anders aus. Wer bei uns kommt darauf, daß die Japaner denken, Nanking habe mit der ganzen Sache schon deshalb nichts zu tun, weil es ja die Peking-Regierung gewesen sei, die 1918 dem Völkerbund beigetreten sei und 1922 den Neun-Mächte-Vertrag unterzeichnet habe; daß hinter jener Regierung ja die Peyang- oder Anfu-Partei gestanden habe, nicht die jetzige Kuomingtang, die sich dann erst mit Hilfe der dritten Internationale zur Macht aufgeschwungen habe. Für uns ist China nur China, Japan nur Japan. Wenn aber — so sagt der Japaner — Nanking sich auf sich selbst besonnen habe: warum dann nicht auch Mukden mit der Mandschurei, die mithin von dem alten China gar nicht habe abfallen können, weil es dieses gar nicht mehr gegeben habe. Die japanisch-mandschurische Verselbständigung sei also ein gesetzlicher Akt. Man begreift indessen zugleich, warum Japan sowieso dort oben auf die Dauer nicht stehen bleiben kann. Tritt es an die Stelle der einstigen Peking-Regierung, dann tritt es auch in deren alte Verträge ein und kann diese — alles natürlich in Maske und zum Schein — wieder als aufgelöst und nicht mehr zu Recht bestehend erklären, wenigstens vor Asiaten. Allein schon aus solchen Gründen, noch mehr freilich aus militärischen und wirtschaftlichen, geht es letzten oder vielmehr vorletzten Endes doch um Peking.

„Peiping“, wie die Stadt jetzt heißt, kann man ja in solchem Fall nicht sagen, denn diese Taufe durch die Nankinger Kuomingtang-Partei würde dann sofort verschwinden. Im Zusammenhang hiermit steht das Gerücht von der Wiederaufrichtung des mandschurischen Thrones und dessen Besteigung durch Pu Yi in Peking. Japanischerseits wird es dementiert. Unsinnig ist es sowieso. Ein zweiter Thron neben dem des Mikado ist undenkbar. Das Gerücht kommt entsprechend aus chinesischen Quellen, wird aber japanischerseits umgebildet in dem Sinne, die früheren Nord-Generale Tschang, Feng und Yen suchten Pu Yi verführerisch auf diese Bahn zu locken, um sowohl gegen Japan wie gegen Süd-China ein Zwischenreich und darum für sich ihren alten Machtbezirk wieder zu erhalten. Auch dieser Unsinn zeigt, daß es in der Tat früher oder später doch wieder um Peking geht. Wird doch in gleichem Atem der Nanking-Machthaber Tschiang Kai Tschek verdächtigt, als faschistischer Diktator nur das Yangtse-Tal mit den Provinzen Kiangsu, Tschekiang, Anhui und Hupeh fest in die Hand zu bekommen, innerlich gleichgültig gegen den großchinesischen Einheitsgedanken. So unsinnig das wieder ist: das ostasiatische Ränkespiel bleibt für europäische Augen fast undurchsichtig.

Um die allmählich näherrückende Eroberung Pekings durch Japan westlichen Gemütern ebenfalls „menschlich näher“ zu bringen, führt Japan schon seit langem westliche Argumente ins Feld. Es erinnert an die britische Eroberung von Kaschmir, für die eine Schein-Meuterei den Anlaß gegeben habe, an die britischen Intrigen gegenüber Afghanistan und Persien, an die nur scheinbare Rückgabe des britischen Mandats über den Irak, nachdem die Stützpunkte Mosul, Bagdad usw. für den britischen Einfluß gesichert gewesen seien und den Ölfeldern kein anderer mehr etwas wegnehmen könne, ganz zu schweigen von Ägypten. Es erinnert an die französische Durchdringung Syriens, wo ebenfalls sogenannte Aufstände willkommene Gelegenheit geboten hätten, sich Damaskus mit Um- und Hinterland zu sichern, an die Kreuzung oder Verständigung der französischen und englischen Politik in Palästina und Transjordanien: als ob da Araber, Syrer und andere Eingeborene mehr nach ihrem Selbstbestimmungsrecht gefragt würden als Mandschuren und Chinesen. Ganz gewiß würden England, Amerika und Frankreich lieber selber Mandschukuo betreuen, meint Japan, und selbst vor Waffengewalt nicht zurückscheuen, wenn sie nur könnten, aber nicht aus allgemeiner Menschenliebe, sondern für sich und das eigene Geschäft. Und darum, weil es ja doch schon hart auf hart kommt, möchte Japan lieber aufs Ganze gehen und sich vor allem strategisch sichern. Das vermag die Große Mauer nicht mehr. Dazu gehört Peking mit der Tientsin- und Hankau-Bahn, mit dem Peiho-Hafen und dem einzigartigen Gebirgsmassiv rund herum.

Nur Amerika steht ernstlich noch dazwischen. Wird es losschlagen? An dieser Frage hängt bekanntlich alles. Daß die Philippinen heute bereits unmittelbar bedroht sind, kann jedes Kind der Landkarte entnehmen. Und dann ist Hawai an der Reihe. „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage.“ In der japanischen Presse wird behauptet, man rüste fieberhaft in den Vereinigten Staaten, wo 12 000 Fabriken bereit ständen, Tag und Nacht ihr Letztes für den Kriegsbedarf herzugeben, und in Portsmouth sei es nicht viel anders. Aber Japan hofft auf Roosevelt, bei dessen Wahl in der Tat die japanischen Papiere eine Hausse erlebten. Die demokratische Partei mit ihrem Grundsatz der „Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen“ flößt neue Hoffnungen ein. Vielleicht kaufen die Amerikaner dann auch wieder mehr Seide und stärken dadurch die japanische Landbevölkerung, die unter ihrer Schuldenlast zu erliegen droht. Und dann wird der Weg auf Peking frei.

Lytton-Bericht und Genfer Reden spielten neben alledem eine geringe Rolle, ganz im Gegensatz zu dem Interesse des europäischen Zeitungslesers. Ein Volk, das an Erdbeben und Stürme — wie den letzten wieder über Tokio — gewöhnt ist, ertrug auch die bebende Entrüstung und die stürmischen Reden der Vertreter kleiner Völker, wenn sogar die Großmächte nichts zu tun wagten. Zwar fällt der Yen allmählich ins Bodenlose, so daß man bald an einen „Renten“- oder „Boden“-Yen wird denken müssen. Aber der japanische Finanzminister hielt optimistische Reden. Und was gibt es Besseres als Optimismus? Höchstens den endgültigen Besitz Pekings.

Damit aber würde sich das Verhältnis zu Rußland von Grund aus ändern. Der deutsche Osten hätte dann mit einem entlasteten und angriffslustigen Polen zu rechnen.

Der polnische Aufstand in Posen.

4. Fortsetzung. Von **Hermann Pischke.**

4. Der Weltkrieg.

Es wird zum besseren Verständnis notwendig sein, die Posener Geschehnisse in den Gang der großen Kriegsereignisse einzureihen. Es ist ferner bei der Beurteilung zu beachten, daß diese Skizzen persönliche Erinnerungen sind. Sie sind zunächst aus meinem Amtskreis als Lehrer und als Schriftleiter der Posener Lehrerzeitung gemacht. Allmählig erweitert sich der Kreis meiner Tätigkeit durch allerlei Kriegsämter in dem Gebiete der Stadt und Festung Posen und darüber hinaus. Von Weihnachten 1918 an werde ich in den Strom der großen Politik hineingerissen.

Überblicken wir die Entwicklung der polnischen Frage im Kriege, so lassen sich leicht zwei Abschnitte unterscheiden:

die Zeit bis zur Ausrufung des Reiches Polen durch die Mittelmächte und

die Zeit von der Ausrufung Polens bis zur Revolution.

Bis zur Ausrufung des polnischen Reiches durch die Mittelmächte verhalten sich die Feindbundmächte der polnischen Frage gegenüber äußerst zurückhaltend. Die Polen werben für sie und wühlen. Erst nach der Ausrufung wird die polnische Frage zum Gegenstand der großen Politik. Man überbietet sich dabei förmlich in Versprechungen gegenüber Polen. Die Polen leisten für die Feindbundmächte umfangreiche Spionagedienste. Sie suchen die Rolle einer politischen Macht zu erwerben, um bei den Friedensverhandlungen mitbestimmend eingreifen zu können.

Verfolgt man die Entwicklung der polnischen Politik bis ins Einzelne, so verläuft sie in allen Teilgebieten zusammengenommen weder einheitlich noch gradlinig. Nur das Ziel steht fest: das freie Polen. Beständig und von einer staunenswerten Kraft ist nur die unterirdische Wühlarbeit, die Betätigung im Sinne des Verrats gegenüber den Mittelmächten und der Beschwindlung der Mittelmächte. Sonst schwankt die Haltung je nach der Kriegslage. Zunächst halten sich die Passivisten, das ist die Richtung Dmowski, in Kongreßpolen und den Teilgebieten der Mittelmächte zurück. Nur in Rußland sind sie offen russenfreundlich und nehmen gegen die Mittelmächte eine feindliche Stellung ein. Dagegen greifen die Aktivisten, also die Richtung Pilsudski, von Anfang an mit eigenen Truppenkörpern in den Krieg ein. Sie wollen eine möglichst große Schwächung Rußlands und erhoffen ein freies Polen mit Hilfe Österreichs. Nach Rußlands Zusammenbruch nähern sie sich den Aktivisten, bis sie schließlich auch den Mittelmächten gegenüber eine feindliche Einstellung einnehmen. Auch in dem Festlegen der Grenze des neuen Polens finden sich wesentliche Unterschiede. Die Richtung der Passivisten fordert mit Dmowski alle ehemals polnischen Landesteile mit Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen und die Kreise Lauenburg und Bütow. Sowohl die Demokraten in Rußland mit Lempinski, wie die Richtung Lednicki-Zaleski verzichten auf die preußischen Teilgebiete oder lassen die Frage offen. Ihr Standpunkt zeigt mehr staatsmännische Klugheit und Selbstbeherrschung. Wäre die Lösung nach ihnen gefallen, die Zukunft des Ostens hätte heute ein ganz anderes Gesicht. Wer sich über diese Vorgänge genauer unterrichten will, dem empfehle ich: „Walter Recke, die polnische Frage als Problem der europäischen Politik“, Verlag Stilke, Berlin. Es ist noch immer die beste zusammenfassende Darstellung dieser Vorgänge, die ich kenne.

Was sagt Rzepecki zu dem Verhalten der Polen im Kriege?

„Lüttich, Namur, Tannenberg, Antwerpen — das waren Schläge, die jeder echte Pole schmerzlich fühlte, wenngleich sie ihn nicht unmittelbar berührten. Die deutschen Verbrechen in Kalisch und Kongreßpolen, die Barbarei der germanischen Horden in Belgien machten, daß sich unsere Fäuste zusammenballten, riefen Verwünschungen und Racheburst wach."

„Großpolen atmete nach der Marneschlacht auf, Westpreußen gewann neue Zuversicht, nur Schlesien vermochte noch nichts vorauszusehen..."

„Die wenigen oder wohlhabenden und einflußreichen Konservativen (Polen d. Verf.) machten sich entweder selbst fort nach den Gestaden des Genfer Sees oder sie sandten ihre männlichen Sprößlinge dorthin, soweit sie dieselben nicht im Roten Kreuz, in den Stäben, Etappen, Lazaretten, bei den Johannitern usw. untergebracht hatten. Viele nahmen Dienste in Kongreßpolen und wurden Räte, Zensoren, Kreischefs des Herrn Beseler. Andere... vergnügten sich mit Kettenhandel, indem sie eigenhändig das Pfund Fleisch oder Butter zu 10 Mark verkauften."...

„Das bürgerliche Zentrum ... gab dem Kaiser, was ihm zukam, aber im Grunde des Herzens barg jedes Mitglied dieser Partei den Wunsch, daß uns aus dem Kriegsungewitter ein freies, großes und mächtiges Polen erblühen möchte. Die charakteristischen Merkmale der Leute aus diesem Lager waren: Völliges Sichfernhalten von sozialen Arbeiten, um bei den Preußen nicht anzustoßen, Sicheinschließen in der häuslichen Einsamkeit, in der Berufsarbeit, leise Opposition gegenüber der Regierung, Ignorieren der Kriegsanleihen oder Abstoßen selbst mit Verlust, sobald man unter dem Druck der Behörden solche durchaus hatte ankaufen müssen. Wer da konnte, drückte sich vor dem Militärdienst, wer es vermochte, der nahm eine abwartende Rolle ein, im Innern die Niederlage des preußischen Militarismus wünschend. Dieses Verhalten wirkte günstig auf die ganze Umgebung, auf die kleinen Landwirte, die Bauern, die Domialleute und den Saisonarbeiter ein, soweit solcher in den letzten Jahren des Krieges überhaupt noch erhältlich war."... „Mit geringen Ausnahmen ... nahm die polnische Journalistik eine korrekte, aufrichtig polnische, würdige und erhabene polnische Stellung ein."

„Als man in der Folge im Oktober 1914 durch eine Schweizer Meldung das Ergebnis der Niederlage an der Marne festgestellt hatte, beschloß der hitzigere, rötere Teil der Nationaldemokratie ohne Vorwissen des Hauptes und des Vorstandes, nicht mit gefalteten Händen zu warten, sondern zu handeln, soweit es damals möglich war. Der überwiegende Teil der Nationaldemokratie im preußischen Teilgebiet stand stets auf der Plattform Pilsudskis, daß es nämlich, wenn sich der Moment biete, gelte, den Feind zu schlagen und nochmals zu schlagen und alles zu tun, um sich für diesen Zeitpunkt aufs beste vorzubereiten. So wurde denn schon im Oktober 1914 in Posen auf Veranlassung von Mitgliedern der Nationaldemokratie ein g e h e i m e s K o m i t e e gebildet, das sich zur Aufgabe stellte:

1. geheime Verbindung mit den Legionen durch Verwandte, Freunde und Bekannte aufzunehmen,
2. Beeinflussung der Legionen dahin, daß sie nicht bloß in Rußland den Feind erblickten, sondern auch den Deutschen nicht trauten,
3. im Geheimen Waffen und Munition vorzubereiten,
4. Exerzieren zu lehren, sich mit der Feuerwaffe vertraut zu machen und geheime Versammlungen zu veranstalten und nach dem Fünfersystem ein Netz von Verschworenen im Großherzogtum zu schaffen...

Der Bund zählte damals etwa 200 Arbeiter und begann mit Erfolg, Anhänger in der Provinz zu gewinnen. Diese Tätigkeit ... brachte schöne Früchte 1918, wo man mit elementarer Bewegung die Preußen entwaffnete. Der Bund nahm im September 1918 seine Arbeit mit verdoppelter Energie von neuem auf....

„Keine andern als Mitglieder der Nationaldemokratie schufen Expositionen in der Schweiz, in Paris usw., um auf die Meinung Europas einzuwirken. Niemand anders als Nationaldemokraten männlichen und weiblichen Geschlechts überbrachten den Feinden der Mittelmächte geheimes Material und Informationen; niemand anders als die Nationaldemokratie besaß Leute, die nach Dänemark reisten, im geheimen Miniaturphotographien von Meldungen, Statistiken, Erkundungsresultaten hinüberschafften oder versandten, aus denen die Entente genau ersah, auf wie morschen Füßen Deutschland und Österreich standen.

Das größte Verdienst der Nationaldemokratie ist jedoch, daß sie Optimismus, Glauben an den schließlichen Sieg unserer Sache und an die Niederlage der Mittelmächte verbreiteten, daß sie durch ihre Presse in jede Hütte gelangten, die Zweifelnden stärkten und die Geister auf den großen Umsturz vorbereiteten, den jeder rechte Pole wie das Heil ersehnte. Der Akt der großmütigen Monarchen vom 5. November 1916 war für die Nationaldemokratie ein Fetzen Papier."... „Der Regentschaftsrat und alle übrigen Schöpfungen Bethmanns, Czernins, Ludendorffs und Beselers waren für die Mehrheit der Polen des preußischen Teilgebiets nichts weiter als Falschheit, Heuchelei, die Absicht uns zu betrügen, die Lage auszunutzen, ein Versuch, eine angebliche polnische Halbmillionen-Armee zu schaffen."... „Das preußische Teilgebiet glaubte den Deutschen nicht, es ersehnte aus tiefster Seele ihre Niederlage."... „Damals im Sommer 1918 durchschaute und ahnte jeder einfache Mann schon den nahen Verfall des deutschen Militarismus. Sofort machte man sich an die vorbereitende Arbeit, um im Bedarfsfall bewaffnet hervorzutreten."

Das sind Zeugnisse eines „edlen" Polen, den sie als einen der Besten aus ihren Reihen verehren. Heute sind sie den Polen sehr unangenehm. Und dennoch verschweigt Rzepecki sehr vieles. Er übergeht jede nähere Angabe über die Zersetzungsarbeit der Polen unter den deutschen Arbeitern, die Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten, den Diebstahl an deutschen Waffen, der jedenfalls ganz enormen Unterstützung durch Geld von den Feindbundmächten und verschweigt ebenso schamhaft den Anteil der Deutschen an der Aufrichtung Polens, ohne deren Leistung und Ausrüstung Polen in dem heutigen Umfang überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Unwillkürlich muß ich mich bei dem Verhalten der Polen in Deutschlands Notzeit der sehr lebendigen Berichte meines Großvaters erinnern. Er war bei dem polnischen Aufstande 1830 noch als alter Landwehrmann eingezogen worden. Ihm fiel als Korporal bei der Beendigung der Kämpfe die Aufgabe zu, die übergetretenen polnischen Truppen nach Frankreich abschieben zu helfen. Der Zug durch Deutschland glich einem Triumphzuge. Überall wurden die Polen als Freiheitskämpfer umjubelt. Man überhäufte sie mit Lebensmitteln. Sie wurden bei dem Überfluß der Gaben schließlich gar nicht mehr nüchtern. Das alles nach den schweren Enttäuschungen über die polnische Einstellung in den Jahren 1806—1814. So handelten einmal die Deutschen, als die Polen in Not kamen.

In Posen begann kurz nach dem Abzuge der Truppen die Armierung der Festung. Ein überaus künstliches System der Verteidigung wurde weit über die Festungswerke hinausgeschoben. In die Stadt rückten sächsische Regimenter als Besatzung ein (Grenadier-Regt. Nr. 100 und Fußartillerie-Regt. 33). Die Verhältnisse in der Bevölkerung waren ihnen völlig fremd. Die Kasernen waren mit Freiwilligen und Reserven besetzt, die viel wechselten. Aufklärende Truppenteile waren bis hinter Lodz vorgedrungen. Sie fanden das Land vom russischen Militär geräumt.

Hat sich das hochverräterische Treiben, von dem Rzepecki berichtet, in Posen bemerkbar gemacht?

(Fortsetzung folgt.)

Buchbesprechungen.

Pommersches Schrifttum.

Unter der Herausgeberschaft des Landeshauptmanns der Provinz Pommern, v. Z i t z e w i t z, und der Schriftleitung unseres Mitarbeiters Dr. M u r a w s k i erscheint in Stettin (Landeshaus) seit einigen Jahren eine außerordentlich wertvolle, gut ausgestattete und hervorragend geleitete Zeitschrift für Museumswesen, Denkmalpflege, Landes- und Volkskunde, Büchereiwesen und heimatliche Kulturpflege. Sehr stark setzt sich der neue Jahrgang für die nationalpolitischen Fragen des ja nun auch Grenzland gewordenen Pommern ein. Es ist erfreulich, daß jetzt auch die objektive Forschung und Wissenschaft für die Förderung des deutschen Lebens eingesetzt wird. Wir verweisen besonders auf den Aufsatz von Prof. Braun-Greifswald über „Pommern und die Neugliederung des Reiches" und auf eine Arbeit des bekannten Erforschers der Kassuben, Prof. Lorentz-Zoppot, über „Pommern im neuen polnischen wissenschaftlichen Schrifttum". Die Zeitschrift erfreut sich auch außerhalb der Provinz besten Ansehens und darf auch unseren Lesern, namentlich denen, die für die pommerschen Verhältnisse Interesse haben, empfohlen werden. Der Jahrgang von 6 Heften kostet nur 2,50 RM. Weiterhin sei erwähnt, daß das im Vorjahr herausgebrachte, wirklich schöne Sammelwerk „Pommern, das Grenzland am Meer" mit seinem reichen Bildmaterial im Preise von 8 auf 4 RM. herabgesetzt worden ist. Das Buch sollte in jeder Bücherei stehen. Beim Deutschen Lichtbilddienst (Berlin W 35, Potsdamer Str. 41) hat Dr. Murawski unter demselben Titel einen Vortrag mit 65 Lichtbildern herausgebracht. Ihn sowie seinen Pommernfilm können wir für Veranstaltungen unserer Ortsgruppen bestens empfehlen; man wende sich mit Anfragen an das Landeshaus in Stettin. Dr. L.

*

Altpreußen eine Lebenseinheit — trotz Versailles! Von H. Bauer. Mit einer Karte. Verlag Leo Saunier, Elbing, 1932.

In wirkungsvoller Weise, von den Tatsachen des Raums, der Besiedlung, der Kultur und Geschichte ausgehend, tritt der Verfasser, der als Direktor der Stadtbücherei in Elbing auf einem bedeutsamen kulturpolitischen Vorposten steht, für die Einheit des Preußenlandes ein. Die kleine Schrift könnte als Vortrag in ostdeutschen, aber auch in binnendeutschen Bünden von großer Wirkung sein.

Ostpreußen-Bewußtsein.

Wir stehen hier im Osten
Am Rand der deutschen Mark
Und woll'n nicht ruh'n, nicht rosten:
Der Arm bleibt deutsch und stark!

Auch schür'n wir Geisteskräfte,
Kämpfend in Schrift und Wort;
Des Deutschtums Mark und Säfte
Hier noch nicht ausgedorrt.

Und schon pulst neues Leben
Im alten Preußenland
Und doch uraltes Leben:
„Fridericusgeist" genannt.

Gustav Adolf Broscheit-Pfeiffer.

Worüber sie sich aufregen.

Die Kattowitzer „Polska Zachodnia“ regt sich über die Deutschen in Königshütte auf. „Die Deutschen“, schreibt sie, „machen alle Anstrengungen, um unserer Stadt ein deutsches Gepräge zu geben.“ So seien die Läden in der Freiheitsstraße mit deutschsprachigen Schildern versehen; „einige Rundfunkapparate bringen Berichte aus Gleiwitz, das Geschäftspersonal drängt sich der Kundschaft in deutscher Sprache auf, in den Lichtspieltheatern werden nur deutsche Aufschriften gebracht“. Und das alles tun die bösen Deutschen in einer Arbeiterstadt, die zum mindesten zu 80—85 v. H. polnisch ist. Mit Verlaub! Haben die Leute von der „Polska Zachodnia“ vergessen, daß Königshütte bei der Volksabstimmung im Jahre 1921 ganz überwiegend deutsch abgestimmt hat? Haben sie vergessen, daß Königshütte selbst bei den Terrorwahlen von 1930 noch zu den ostoberschlesischen Städten gehört hat, in denen die Deutschen die weitaus stärkste Partei gewesen sind? Wissen sie nicht, daß auch diejenigen, die damals nicht deutsch gewählt haben, zum größten Teil die deutsche Sprache verstehen und daß nur die kulturlosen Landfremden, die seit der unglückseligen Teilung das Land überschwemmt haben, rat- und hilflos vor den paar deutschen Aufschriften stehen, die der polnische Pöbel noch nicht demoliert hat? Um diesen Landfremden einen Gefallen zu tun, sollen also die deutschen Ladenschilder und die deutschen Aufschriften verschwinden? Wer zwingt diese Leute denn, in Geschäften zu kaufen, wo sich das Personal den Kunden in deutscher Sprache „aufdrängt“? „Wir werden“, schreibt die „Polska Zachodnia“ schließlich, „die Deutschen beim Säen des Hasses nicht überbieten, wir lassen uns aber nicht im eigenen Lande verhöhnen.“ Wenn also jemand ein deutsches Ladenschild aushängt, dann reizt das dieses Sanierungsblättchen zum Haß. Wenn jemand deutsch spricht, dann fühlt sich dieses Blättchen verhöhnt. Da muß man schon fragen: Habt ihr wirklich keine anderen Sorgen? Und steht es um euer Selbstbewußtsein so faul, daß ihr schon beim Klang eines deutschen Wortes die Fassung verliert? Seid ihr so „friedliebend“, daß ihr schon beim Anblick eines deutschen Kinoplakates aus dem moralischen Gleichgewicht kippt?

Einen weiteren Bericht über diese Angelegenheit hat die „Polska Zachodnia“ mit der nicht mißzuverstehenden Warnung versehen: „Wir machen unsere ‚loyalen‘ Kaufleute nochmals darauf aufmerksam, sie möchten in ihrem eigenen Interesse aufhören, die polnischen nationalen Gefühle zu reizen, und die deutschen Aufschriften freiwillig entfernen“. Die Fortsetzung dieser Warnung kann man sich selbst dazu denken: „Willst du auch jetzt nicht polnisch sein, so schlag' ich dir die Scheiben ein!“

*

Im „Kurjer Poznanski“ Nr. 81 vom 19. Februar 1933 regt sich — nachträglich — ein Anton Chocieszynski noch einmal darüber auf, daß es die Deutsche Bodenkreditbank gewagt hat, gegen den Groß-Waplitzer Besitz des Grafen Stanislaus Sierakowski, des Ehrenvorsitzenden des Polenbundes in Deutschland, „die Zähne zu fletschen“, das heißt, in vernünftiges Deutsch übertragen: die Rückzahlung der fälligen Schulden zu fordern. Bei dieser Gelegenheit gibt der kleine Anton seine Meinung über die Geschichte Ostpreußens zum besten. Die „unglückselige polnische Bevölkerung“ dieses „traurigen Landes der Wälder und Seen“, meint er, wurde „seit Jahrhunderten mit Feuer und Schwert zivilisiert“. Und weiter sagt er: „Jahrhunderte hindurch wurden dort ganze Dörfer vernichtet und ganze Siedlungen verdrängt, die durch sogar aus Salzburg herangeholte Ansiedler ersetzt wurden“. Die Ereignisse und Gestalten der ostpreußischen Geschichte scheinen sich in Antons Köpfchen zu einem absonderlichen Gemisch zu verwirren. Er hat anscheinend noch nichts davon gehört, daß die ersten Menschen slawischen Stammes erst durch den Deutschen Ritterorden nach Ostpreußen gebracht und dort vornehmlich als zinsende Bauern in der „Wildnis“ angesetzt worden sind, daß also durch die blutigen Kämpfe zwischen Ritterorden und heidnischen Pruzzen das polnische Volkstum überhaupt nicht direkt berührt worden ist. Wenn Anton von „vernichteten Dörfern“ und „verdrängten Siedlungen“ spricht — warum fügt er dann nicht ehrlicherweise hinzu, daß diese Dörfer s. Z. von den mit den Tataren verbündeten Polen dem Erdboden gleichgemacht worden sind? Und wenn er die Salzburger-Siedlungen in Ostpreußen erwähnt, warum sagt er dann nicht auch, daß diese in einer Zeit gegründet wurden, in denen das ganze Land durch Pest verödet und verwüstet dalag, daß von den Salzburgern also ein auf weite Strecken menschenentblößtes Land kultiviert worden ist, ohne daß auch nur ein Mensch slawischen Stammes aus seinem Wohnsitz verdrängt worden ist?

*

Die „Polonia“ regt sich über einen Vortrag auf, den der ehemalige Reichsaußenminister Dr. Curtius in Neuyork über die Korridorfrage gehalten hat. „Dr. Curtius“, so schreibt das Blatt Korfantys, „bezweifelte, daß Pommerellen einen polnischen Charakter gehabt habe, während der 300 Jahre, die Pommerellen, wie er gnädig zugab, unter Polens Herrschaft gestanden habe. Dabei führte er als Argument den Umstand an, daß in den drei Jahrhunderten der polnischen Herrschaft sowohl in Polen wie im Korridor ein Jahrhundert lang Könige litauischer Nationalität, ein Jahrhundert lang schwedische Könige und endlich drei Viertel Jahrhundert lang Sachsen, also deutsche Könige, geherrscht hätten. Nur ein Viertel Jahrhundert habe ein echter polnischer Aristokrat geherrscht. Curtius kommt hier zu einer sensationellen Schlußfolgerung, indem er behauptet, daß, wenn Polen nur deshalb nationale Ansprüche auf das Korridorgebiet erheben wolle, weil es gewisse Zeitabschnitte hindurch unter polnischer Herrschaft gestanden habe, Deutschland auf ganz Polen Anspruch erheben könnte, denn Polen sei ja im Mittelalter mehrere Jahrhunderte lang deutsches Lehen gewesen.“ — Wenn die „Polonia“ hierzu erklärt, sie könne in der polnischen Geschichte eine solche Zeit nicht finden, dann gibt sie damit nur zu erkennen, daß man in ihren Redaktionsstuben über die — sagen wir — völkerrechtlichen Verhältnisse des mittelalterlichen Europas, in dem der Papst der kirchliche und der Deutsche Kaiser der weltliche Oberherr der gesamten Christenheit war, nicht genügend Bescheid weiß, um hier mitreden zu können. Übrigens ist es unwahrscheinlich, daß Dr. Curtius von einer 300jährigen polnischen Herrschaft über Pommerellen gesprochen hat, da ihm ja zweifellos auch bekannt ist, daß Pommerellen nach seiner Loslösung vom Deutschen Ordensstaat über ein Jahrhundert lang nur in einem losen Verhältnis zu Polen gestanden hat und daß es erst seit dem Rechtsbruch des Lubliner Reichstages von 1569 bis 1772 (also 203 Jahre lang) in ein tatsächliches Abhängigkeitsverhältnis zu Polen geraten ist.

Von der Osthilfe.

Stand der landwirtschaftlichen Entschuldung.

Der gegenwärtige Stand der landwirtschaftlichen Entschuldung bietet folgendes Bild: Am 28. Februar 1933 belief sich die Zahl der Bewilligungen auf 14 865 Fälle mit 167,78 Millionen Goldmark, die Zahl der Auszahlungen auf 9373 Fälle mit 94,43 Millionen Goldmark. Am 30. November 1932 belief sich der Betrag der bewilligten Darlehen auf rund 115 Millionen Goldmark, der der Auszahlungen auf rund 57 Millionen Goldmark. Die Kreditbewilligungen und die Auszahlungen der Industriebank stellten sich in den letzten drei Monaten wie folgt:

	Bewilligungen		Auszahlungen	
	Anzahl	Betrag Mill. GM.	Anzahl	Betrag Mill. GM.
Dezember 1932	1098	15,044	620	8,127
Januar 1933	1238	19,776	1160	13,565
Februar 1933	1160	17,890	1427	16,043
Zusammen	3496	52,710	3207	37,735

Der Osthilfe-Ausschuß.

Zu dem von der Reichsregierung eingesetzten Osthilfeausschuß waren als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei die Abgeordneten Kurt Heinig und Rudolf Wissell eingeladen worden. Beide haben jedoch dem Reichsminister Hugenberg mitgeteilt, daß sie, „solange die Sozialdemokratische Partei auf Grund der Aussage eines Verbrechers infamiert und ihr die Möglichkeit zur Führung des Wahlkampfes genommen ist“, nicht in der Lage seien, sich an einer von der Reichsregierung geführten Untersuchung der Osthilfe zu beteiligen. Der Osthilfeausschuß wird also ohne die Sozialdemokraten tagen.

Frachterleichterungen für Ostpreußen.

Im Reichsministerium des Innern wird u. a. in Aussicht genommen, die vorübergehend gekürzten Reichsmittel für Frachterleichterungen wieder auf die im Osthilfegesetz vorgesehene Höhe zu bringen und die bisherige steuerliche Lastensenkung über den gegenwärtigen Stand hinaus zu verstärken. Ferner soll mit größter Beschleunigung geprüft werden, in welchem Ausmaß der ostpreußischen Landwirtschaft durch Zinssenkung und Erleichterung der sozialen Lasten zu helfen ist.

Hilfe für die Handwerker im Osten.

Der Reichskommissar für die Osthilfe hat wiederholt Anweisungen gegeben, daß die Forderungen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden im Rahmen der einzelnen Entschuldungsverfahren voll berücksichtigt werden. Darüber hinaus hat sich der Reichskommissar für die Osthilfe jetzt bereit erklärt, zur weiteren Verminderung der Verluste der mit der östlichen Landwirtschaft verflochtenen, nicht genossenschaftlich organisierten gewerblichen Gläubiger, insbesondere der Händler und Handwerker, bei der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osthilfegebiet den Betrag von 15 Millionen Mark — verteilt auf fünf Rechnungsjahre — zur Verfügung zu stellen. Es ist eine der Ablösung der Genossenschaftsforderungen durch das Reich ähnliche Regelung in Aussicht genommen. Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen wird wegen der Verteilung der Summe mit den Spitzenverbänden der gewerblichen Gläubiger umgehend Verhandlungen aufnehmen, mit deren Abschluß binnen kurzer Zeit zu rechnen ist, da die erforderlichen Unterlagen bereits vorhanden sind.

Der deutsche Student und der Osten.

In dem Artikel „Chauvinismus der polnischen Studentenschaft“ („Ostland“ Nr. 29 vom 15. Juli 1932, Seite 344) wurde der deutschen Studentenschaft der Vorwurf gemacht, daß sie für außenpolitische Fragen, namentlich für die des Ostens recht wenig Interesse bekunde. Die Zeiten sind vorüber, in denen der Korporationsstudent nur seinem Bunde lebte und der Politik bewußt fern stand. Heute ist es gerade umgekehrt. Politische Schulungswochen, Grenzlandfahrten, hochschulpolitische Schulungstagungen, Ausstellungen (z. B. die Ausstellung „Deutschlands flammende Grenze“, die der VC.-Verband der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen anläßlich seiner letztjährigen Pfingsttagung in Blankenburg veranstaltete) beweisen, daß die Studentenschaft die Zeit, in der sie lebt, erkannt hat und sich ihrer Aufgabe wohl bewußt ist. Es kann nur eine östliche Orientierung für uns geben. Wer von einer westlichen Orientierung spricht, der hat den Krieg nicht verstanden. (Moeller van den Bruck: „Das Recht der jungen Völker.“) Das Juliheft 1932 der VC.-Rundschau, der Zeitschrift des Verbandes der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen, war ganz den Ostfragen gewidmet. „Nach dem Ostland wollen wir reiten!“ kündigt als große Schlagzeile den Inhalt des Heftes an. Es folgt eine lange Artikelreihe, von denen hier einige besonders wichtige und interessante genannt seien. „Das Werden des deutschen Ostens“ von Dr. Ernst Petersen. Hier weist Dr. Petersen nach, daß der deutsche Osten, unter dem wir den Teil unseres Vaterlandes verstehen, der von der Elbe ostwärts das weite Gebiet vom Laufe der Oder zum unteren Weichselgebiet und bis an die ostpreußische Seenplatte umfaßt — die Südostmark ist unter anderen Gesichtspunkten zu betrachten — seit rund drei Jahrtausenden das große Kolonialgebiet des Germanentums gewesen ist. Der deutsche Osten ist der Schlüssel für die Herrschaft über Mitteleuropa, er ist das Schicksalsland des Deutschtums. Julius Gerhard schreibt in seinem Artikel „Der Osten als Aufgabe“: Das Versailler Diktat hat den Osten Europas von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer in einen einzigen Balkan verwandelt. Das neugeschaffene Staatensystem mutet wie ein letztes Ausklingen der Ideen von 1789 an. Der Begriff der Nation, der für Frankreich richtig sein mag, in dem sich Volk und Staat überdecken (? Schriftl.), zerreißt in seiner nationalistischen Überspannung die großen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des Ostens und setzt Staaten an ihre Stelle, die nicht leben und nicht sterben können. „Siegerstaaten“, die zwar äußerlich abgerundet, innerlich mit ihrer Beute nicht fertig werden, wie Rumänien; Staaten, in denen das Staatsvolk nicht einmal in der einfachen Mehrheit ist, wie in der Tschechei; Staaten, die den Druck ihrer Minderheiten nur durch schärfste Militärdiktatur niederhalten können, wie Polen.“ ... Friedrich Glombowski schreibt: „Studenten, der Osten mahnt!“ Und Glombowski erinnert daran, wie Roman Dmowski, der langjährige Führer der polnischen Nationaldemokraten, seinen Propagandafeldzug gegen Deutschland nur deswegen beginnen und durchführen konnte, weil alle Mahnungen von Kennern des deutschen Ostens in den Wind geschlagen wurden. Die Gründung des polnischen Nationalkomitees in Paris während des Weltkrieges wurde lächerlich gemacht. Man begrüßte in Deutschland die Schritte Bethmann-Hollwegs zur Wiederherstellung Polens. Paderewski, der spätere polnische Staatspräsident, leitete die Lügenkampagne in Amerika. Seiner Arbeit waren die völlig falschen Vorstellungen Wilsons und Lansings über die Ostfragen zu danken. Mit dem unglaublichen Verhalten Hello von Gerlachs in Posen, das nicht genug angeprangert werden kann, setzte dann die Periode der nachrevolutionären Sünden wider den Osten ein. Der Deutsche Studententag im verflossenen Jahr wurde in Königsberg i. Ostpr. abgehalten. Studentische Arbeitsdienstlager sind im Osten eingerichtet worden. — Es würde zu weit führen, alle einzelnen Unternehmungen hier aufzuführen. Ich berichte daher im folgenden ganz zusammenfassend nur über die Tätigkeit des oben schon erwähnten Verbandes des V. C. (Verband der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen). Im Frühjahr 1932 unternahmen die Breslauer Turnerschaften z. B. eine Grenzlandfahrt nach Oberschlesien und im August eine Fahrt an die niederschlesisch-polnische Grenze. Diese Fahrten haben allen Teilnehmern einen unauslöschlichen Eindruck vermittelt von dem Widersinn der Grenzziehung von Versailles und der dadurch hervorgerufenen politischen, wirtschaftlichen und seelischen Not der Grenzbevölkerung und mit ihr des gesamten deutschen Volkes. Der V. C. hat sich im Kampf gegen Versailles zum politischen Grenzkampf bekannt. Er ist nicht gewillt, den Osten völlig fremder Habgier preiszugeben. Es wird jeder junger Turnerschafter, soweit wie es irgend geht, unterstützt, wenn er die Hochschulen in Danzig oder Königsberg aufsuchen will, falls es ihm seine eigenen Mittel nicht erlauben sollten.

Der deutsche Student hat seine Sendung begriffen. Lützowscher Freiwilligengeist trieb die Breslauer und auch Studenten aller deutschen Universitäten in den Maitagen 1921 aus den Hörsälen. Auch jetzt weiß der Student, was seine Pflicht ist, wenn das Vaterland von neuem ruft! Mit diesen kurzen Hinweisen sei angezeigt, wie wenig berechtigt der Vorwurf ist, deutsche Studenten zeigen an den brennenden Ostfragen kein Interesse. So hat sich auch die Marburger Studentenschaft geschlossen in den Dienst der ostdeutschen Sache gestellt, als sie zusammen mit dem Deutschen Ostbund in Marburg eine Ostlandkundgebung veranstaltete.

Dr. med. F. W. Arlt, Kassel.

Weltgeschichte auf geopolitischer Grundlage.

Ist Geopolitik wirklich ein wissenschaftlicher Luxus, eine müßige Gedankenspielerei, wie unsere „moralisch abgerüsteten“, geistigen Fremdenlegionäre behaupteten? Daß das nicht der Fall sein kann, beweisen uns die Meister der angewendeten politischen Disziplinen, die Franzosen, die in der Geopolitik eine Waffe geschmiedet haben zur geistigen Paneuropäisierung der zivilisierten Welt. Wir Deutschen tun in unserm geistig-politischen Kampf um die Befreiung unseres Reiches von der Fremdherrschaft gut daran, solches geopolitisches Rüstzeug recht fleißig und gründlich zu verwerten. Es dürfte darum angebracht sein, auf ein vom volksdeutschen Geist erfülltes, pädagogisch vorbildliches geopolitisches Werk ganz besonders hinzuweisen: Die im Verlage von L. Ehlermann, Dresden, von Dr. Franz Braun und A. Hillen Ziegfeld herausgegebene „Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage“, die als Text mit dem „Geopolitischen Geschichtsatlas“ zu einer praktischen Einheit verschmolzen ist. Dieses geopolitische Rüstzeug ist eine eindrückliche Veranschaulichung des Zusammenwirkens der beiden Hauptfaktoren der Geschichte: Boden und Mensch.. Hier bekommt der Historiker, Politiker und Wirtschaftspraktiker erst das richtige Augenmaß für die Abhängigkeit der Kulturentwicklungen und Völkerschicksale von den geographischen Bedingungen ihrer Umwelt, für die Größe, Gestalt und Lage des Staats- und Lebensraumes jener Mächte, für das Maß ihrer Stärke und Stellung in der Staatengesellschaft, sowie für die materielle und völkische Struktur der Nationalwirtschaft seines Volkes und dessen Bedeutung in der Weltwirtschaft. Was den Engländern und Franzosen aus instinktsicherer politischer Tradition in Fleisch und Blut übergegangen ist: das richtige Augenmaß zu bewahren bei der Abschätzung der politischen Kräftefaktoren, das kommt uns, dem wissenschaftlichen Mustervolk, erst nach langem, gründlichem Studium ins Bewußtsein. Der billige Spott der wilhelminischen „Imperialisten“ und der Alldeutschen über den „cauchemar des coalitions“ Bismarcks entstammt ja zumeist der Unterschätzung der geopolitischen Gefahrenlage des deutschen Volkstums in seinem mitteleuropäischen Lebensraum und dem daraus entstehenden leichtherzigen Optimismus, mit dem diese Vorkriegsgeneration sich in den Ozean weltpolitischer Experimente stürzte, bis eines schönen Tages die ganze Welt gegen uns vereinigt war und sich anschickte, unsere weltpolitische Zukunft in Versailles zu begraben. Die geopolitische Blindheit der wilhelminischen Zeit trägt auch die Schuld an der Überschätzung des industriellen Überbaues und der Unterschätzung des agrarischen Unterbaues unseres staatlichen und völkischen Daseins. Voller Entsetzen stehen wir heute vor dem Trümmerfeld einer industrieorientierten Wirtschaftspolitik, deren Raubbau mit den menschlichen und sachlichen Kräften unseres agrarischen Unterbaues den Ostgrenzgürtel zum größten geopolitischen Sturmzentrum des Kontinents gemacht hat. Und wenn es der französischen Staatsweisheit letzter Schluß ist, diesen innereuropäischen „Teufelsgürtel“ um der Sicherheit der „paneuropäischen“ Hegemonie Frankreichs willen zu stabilisieren, dann müssen wir dem geopolitischen Rüstzeug von Braun und Hillen Ziegfeld ganz besonders dankbar sein, wenn es uns buchstäblich mit der Nase und den Augen auf diese Gefahrenlage stößt! Gewiß ist der wirtschaftspolitische Liberalismus und privatwirtschaftliche Kapitalismus mit seiner Konzentration aller Lebens-, Arbeits- und Kapitalenergien und deren Reserven auf die Industrie noch lange nicht tot. Aber wir kommen doch nicht um die Erkenntnis herum, daß er uns zum Rassenselbstmord verurteilt; und deshalb ist das Hineinwachsen der wirtschaftspolitischen Fragen in die volkstumspolitisch-rassenbiologische Erkenntnismethode, zu der der geopolitische Geschichtsatlas durch pädagogische Anschaulichkeit sehr viel beisteuert, um so notwendiger und dankenswerter. Es wäre dringend zu wünschen, daß von Reichs wegen aller Geschichts- und Staatsbürgerunterricht nach dem Muster der „Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage“ ganz zugeschnitten wäre auf die Schilderung der gefährdeten Lage des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa. Hier erscheint die deutsche Geschichte, die der Römerzüge im Mittelalter und des westlichen Hochkapitalismus der Gegenwart, als eine Kette versäumter Gelegenheiten zur Erreichung der dem Deutschtum vom Schicksal gestellten geopolitischen Aufgaben: Ausfüllung unseres innereuropäischen Lebensraumes mit volksdeutschen Gestaltungskräften!

Geopolitik ist eine gefährliche, auf alle Fälle eine sehr wirksame Waffe im politischen Geisteskampf der Völker. Die Franzosen haben uns den Kampf bis aufs Messer gegen unser Recht auf unseren volksdeutschen Lebensraum angekündigt: Da wollen wir ihnen im politischen Geisteskampf die Antwort nicht schuldig bleiben und uns auch des geopolitischen Rüstzeuges von Braun und Hillen-Ziegfeld recht fleißig und nützlich bedienen. Volksdeutsche Geopolitik an die Front!

Dr. Rudloff.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Eilt! **Eilt!**

Wirtschaften (Oderbruch)

22 Mrg. eigen, 24 Mrg. Pacht, Anz. M. 2000, **13 Mrg.**, auch für Geschäft passend, Anz. M. 4000, 10 Jahre Pacht, Jahr 600 M., — **43 Mrg.**, am Gehöft, Anz. 7000 M., — **Landgasthof**, hoher Umsatz, 10 Mrg., schön. Dorf, Anz. 8000 M., **Landgasthof**, auf 6 Jahre Pacht, nach Übereinkunft. Sofort zu übernehmen. Käufer gleich kommen.

Stelzer, Neutrebbin,
Mandt, Charlottenburg, Magazinstr. 8.

Ostmärker!

Tretet unserer Ostbundsterbekasse bei.

Auskunft erteilt die Bundesleitung in **Berlin W 30, Motzstraße 22.**

Suchen ab sofort einen

Lehrling

der das Kupferschmiede-Handwerk erlernen möchte. Nicht unter 16 J.

Neustettiner Apparatebau, Zentralheizungsgeschäft.
Inh. Fr. Grunert, Kupferschmiedemeister.

Strebsamem, solidem, intelligentem

Gärtner

evgl., wird Einheirat in schuldenfreie Gärtnerei (Gemüse und Freilandkulturen) geboten. Werte Ang mit Bild und Angabe des Vermögens unt. **2846** an d. Ostland.

Ostmärker!

Beachtet die Inserenten des „Ostland".

Feinkost- und Kolonialwaren-

geschäft, elektr. Rolle, Nationalkasse, elektr. Kaffeemühle, Glasaufsatz usw. Schöne 2½-3-Wohnung, Miete 85 M., zirka 1000 M. Ware, insgesamt 2500 M., sofort zu verkaufen.

SCHWARZ,
Berlin-Lankwitz,
Calandrellistr. 33.

Landwirtschaft

35 Mrg. Weizenboden, mit leb. u. totem Inv., mass. Geb., weg. hohen Alters **sof. zu verkaufen od. zu verpachten.** Preis 16 000 M., Anz 6000 M. Rest kann als Hypothek übernommen werd.

H. Schulz,
Sonnewalde N.-L.
Ausbau, Bahnstation Finsterwalde oder Brenitz-Sonnewalde.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Zur Beachtung!

Die Anzeigengebühren sind jeweils innerhalb 8 Tagen nach Erscheinen zu begleichen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Einziehung des Betrages zuzügl. der Spesen durch Nachnahme.

Ostmärker! **Provisionsfrei!**

Glänzende Existenzen!

	Anzahlung M.
Geschäftsgrundst. (Kolonialw.) in industriereicher Stadt Pomm. .	3 500
Villa m. Auss. a. See in Lugano-Paradiso (Schweiz) . . . sfr.	50 000
Einfamilienhaus (1922 erbaut) im Kanton Zürich . . . . sfr.	10 000
Villengrdst. (geeign. f. Fischzucht od. Geflügelf.) b. Straßbg. i. E.	30 000
Gutshof m. erstkl. Bauterrain in bevorz. Stadtlage v. Zwickau, pro Quadratmeter	0,60
Existenzgrundst. in Guben .	n. Vereinb.
Miet- u. Geschäftshaus im Zentrum Apoldas m. gr. Schaufensterfront	20 000
Komfort. Villenbesitzg. m. Existenzbetrieb in Kreisstadt d. Bez. Potsdam	10—15 000
Fabrikgrdst. m. Wohnh. i. Baden	26 000
Hotel- u. Restaurationsgrundstück (35 Zimmer) in Düsseldorf . .	40 000
Hotel- u. Restaurat.-Grundst. m. Mineralw.-Fabr. i. d. Neumark	15 000
Hotel m. Restaurant u. Café in freundl. Kreisstadt d. Altmark	40 000
Villenbesitzg. in bedeut. Berliner Ausflugsort	30 000
Dreifamil.-Villa in Warnemünde (2 Min. v. Strande)	22 000
Ausflugslokal, Schützenhaus, in Mecklenburg	9 000
Grundst. m. Kolonialwarengesch. u. Restaur. in größ. Stadt bei Magdeburg	6 500
Villa im altdeutschen Burgenstil in **Villingen (Schwarzwald)** . .	30 000
Hotelgrdst. im Spreewald . . .	30 000
Hochherrsch. Herrensitz (f. Erholungsheim geeign.) in ehemalig. Thüring. Residenzstadt .	n. Vereinbg.
Ausgedehnt. Fabrikgrdst. (f. Weberei geeign.) in früh. Thür. Residenzstadt	n. Vereinbg.
Gasthof in einem industriereich. Vorort v. Dresden	25 000
Landwirtsch. Grdst. (126 Mg.) m. fischreich. See i. d. Uckermark	30 000
Dampfsäge- u. Hobelwerk im Harz. Evtl. Pacht! .	n. Vereinbg.
Geräumiges Villengrundst. im Blockhausstil in Hof (Bay.)	25 000
Landwirtschaft i. d. Altmark .	3 000
Zu verpacht. Hotelgrdst. in bekannt. Kurort d. Ostharzes pro Monat	350
Hotelgrdst. in lebh. Kleinstadt Anhalts	n. Vereinbg.
Wohn- u. Geschäftsgrdst. im Thür. Wald	18 000
Konditorei- u. Café-Grdst. m. Vollkonz. in Sommer- u. Winterkurort des Schwarzwaldes	19 000
Wohnhaus am Lago maggiore unweit Locarno . . .	n. Vereinbg.
Hotelgrdst. in lebhaft. Stadt d. Prignitz	30 000
Fleischereigrdst. in lebh. Stadt d. Mark	15 000
Wohn- und Geschäftshaus in schöner Stadt Meckl. . . .	25 000
Grdst. m. Kolonialwarengesch. in reizendem Städtchen Anhalts .	12 000

Bild-Prospekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B 2 Lützow 5933.

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933"

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück. Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Straße: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 12 der Wochenschrift „Ostland" des Deutschen Ostbundes/1933.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Nord: Monatsversammlung am Montag, den 20. 3., abends 8 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94.

Ortsgruppe Groß-Hamburg. Am Sonnabend, den 18. 3., abends 8 Uhr, im Porterhaus St. Pauli, Circusweg 1, gemeinsam mit den Vereinigten Verbänden Heimattreuer Oberschlesier Ostlandabend.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Nord. Am 20. Februar 1933 hielt die Ortsgruppe ihre Jahreshauptversammlung im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, ab, die von Mitgliedern und Gästen gut besucht war. Nachdem der geschäftsführende Vorsitzende Mitglieder und Gäste begrüßt hatte, wurden vier Neuaufnahmen bekanntgegeben. Der Jahresbericht gab ein Bild von der regen Tätigkeit der Ortsgruppe und einen Überblick über die Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Besonders hervorgehoben wurde die rührige Tätigkeit der Frauen- und Jugendgruppe. Im Laufe des Jahres konnten 22 Mitglieder für ihre mehr als 10jährige Mitgliedschaft mit der Treunadel des D. O. B. ausgezeichnet werden. Der Kassenbericht gab ein Bild von der sparsamen Wirtschaftsführung des Vorstandes, die durch die Not der Zeit geboten war. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer sowohl wie dem gesamten Vorstande einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahlen zum Vorstande hatten folgendes Ergebnis: 1. Vors. Herr Max Lanzke, 2. Vors., zugleich 1. Schriftführer Herr Adolf Okowiak, 2. Schriftführer Herr Felix Prodoehl, 1. Kassierer Herr Karl Kirsten, 2. Kassierer Herr Otto Becker. Beisitzer die Herren Kohlhoff, Salinger, Kraft, Stendel; Festausschuß die Herren Stendel, Bethwell, Lucas. Kassenprüfer die Herren Oskar Bethwell und Paul Laganowski. Fahnenabordnung die Herren Ebel, Baehr, Pfeiffer. Leiterin der Frauengruppe Frl. Ernestine Gitschel. Jungscharführer Herr Georg Schitthelm. Vertreter im Landesverband Herr Otto Becker.

Die **Ortsgruppe Berlin-Mariendorf-Tempelhof** hatte ihre Mitglieder zum 2. März ins Vereinslokal Beit, Tempelhof, geladen. Der Vorsitzende, Herr Studienrat Krüger, hob bei seiner Begrüßungsansprache besonders hervor, daß trotz der politischen Hochspannung, die wohl jeden in ihren Bann geschlagen hatte, die Versammlung über Erwarten gut besucht war. Nach Erledigung der üblichen geschäftsmäßigen Punkte der Tagesordnung und der Neuaufnahmen von zwei neuen Mitgliedern hielt ein ehemaliger Oberschlesienkämpfer, Herr Metzger, Steglitz, einen Vortrag: „Die Kämpfe am Annaberg in Oberschlesien". Nur wer die Kämpfe selbst miterlebt hat, kann so anschaulich und packend, so wahrheitsgetreu schildern. Wohl alle Anwesenden hatten vorher ein falsches Bild von den Oberschlesienkämpfern. Was war das für eine merkwürdige Truppe? Uniformierte und bürgerlich gekleidete Soldaten Schulter an Schulter, Idealisten, die die Vaterlandsliebe hierher getrieben hatte, und andere, durch hohe Löhnung herangelockt, Studenten, Arbeiter und viele frühere Offiziere des Landheeres und der Marine, kampferprobte reife Männer und naseweise Jünglinge, Soldaten aller Waffengattungen, die zu einer Truppe für diesen schweren Kampf zusammengeschlossen werden sollten. Eine Riesenaufgabe, die teils gelang, teils aber auch nicht — und es erscheint dem Vortragenden noch heute wie ein Wunder, daß es dieser so bunt zusammengewürfelten Truppe unter dem Vorstürmen eines 15jährigen Fahnenträgers gelungen ist, den stark befestigten und zäh verteidigten Annaberg zu erobern. Die Kämpfe wurden mit äußerster Brutalität geführt. Die unmenschlichen Greuel der Polen zu kennzeichnen, reichen Worte nicht aus. Das Verhalten der Bevölkerung war oft sehr zweideutig. Aber vor allem bei den Bauern in deutschen Kolonistendörfern fanden die Freiwilligen Verständnis und jede mögliche Unterstützung. Viele polnisch sprechende Oberschlesier wußten nicht, wohin sie gehörten. Viele hielten es, beeinflußt durch ihre Geistlichen, mit den Polen, weil sie von diesem „Siegerstaat" mehr Vorteile erwarteten als von dem zerschlagenen Deutschland. Spionage und Verrat waren an der Tagesordnung. Das Verhältnis der Truppe zu den Engländern und Italienern der Besatzung war im allgemeinen gut; dagegen machten die Franzosen Schwierigkeiten und taten unseren Freiwilligen Abbruch, wo sie nur konnten. Unsere damalige Regierung verhielt sich nicht gerade ablehnend, aber daß ihre Unterstützung sich fühlbar äußerte, den Eindruck hatte wohl niemand, der dabei war. So kam es vor, daß Waffen und Munition, woran es oft mangelte, wochenlang infolge des zielunsicheren und auch ängstlichen Verhaltens der Behörden auf der Bahn zwischen Berlin und Oberschlesien hin und her pendelten. Und der Erfolg der Kämpfe, Opfer und Leiden? Er war nicht ausgeblieben. Es war zwar nicht gelungen, ganz Oberschlesien dem Reiche zurückzugewinnen, aber das ist erreicht und das darf den Freiwilligen besonders von uns Ostmärkern nie vergessen werden, daß durch ihr Eingreifen nicht noch mehr verlorengegangen ist, sondern dem Vordringen der polnischen Insurgenten Einhalt geboten wurde. — Reicher Beifall folgte diesem interessanten Vortrag. Der Vorsitzende fand herzliche Worte des Dankes. Auf Fragen aus der Versammlung heraus gab Herr Metzger bereitwilligst Auskunft. Anschließend verlas Herr Rose noch ein Rundschreiben der Bundesleitung.

Landesverband Niederschlesien.

Ortsgruppe Grünberg. Am 13. Februar hielt die Ortsgruppe im „Walfisch" ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das abgelaufene Vereinsjahr. Die im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder wurden von den Versammelten durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Schriftführer verlas den ausführlichen Jahresbericht, der Kassierer den Kassenbericht. Von der Versammlung wurde Entlastung erteilt. Weiter gaben die übrigen Vorstandsmitglieder ihre Berichte. Alsdann wurde § 2 der Satzungen wie folgt neu gefaßt: „Die Mitgliedschaft kann jeder Deutsche erwerben, der für die Erhaltung deutscher Kultur in der Ostmark Interesse hat." Hierdurch soll dem Wunsche der Gruppe, auch Nichtostmärker zur Mitarbeit im Ostbund heranzuziehen, Rechnung getragen werden. Dem Vorstand wurde aus der Versammlung heraus herzlicher Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Die Bücherei wurde regerer Benutzung empfohlen. Der vom deutschen Kinderheim in Bromberg, das sich in bedrängter finanzieller Lage befindet, vorgebrachten Bitte um Überweisung einer Spende wurde aus Kassenmitteln und durch einige Landsleute nachgekommen. Mit dem Gesang eines Liedes aus dem Ostbundliederbuch wurde die harmonisch verlaufene Generalversammlung beendet.

Landesverband Schlesien.

Ortsgruppe Schweidnitz. Am 19. Februar hielt die Ortsgruppe ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, der dabei Herrn Tomuschat zu seinem 70. Geburtstage gratulierte, gedachte der Verein der deutschen Brüder und Schwestern im Auslande, besonders in Polen. Nach dem vom Schriftführer vorgetragenen Jahresbericht fanden im verflossenen Jahre sechs Zusammenkünfte statt, darunter ein Ausflug nach Schwengfeld am 5. Juni. Die Herren Busch, Mackiewiz und Frommberger erfreuten die Mitglieder durch Vorträge aus Geschichte und Technik. Wie in den Vorjahren, leitete Herr Grabert die Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Lehrer Busch, als stellvertretender Vorsitzender Kaufmann Mohr, als Schriftführer Konrektor Conrad, Kassenwart Ober-Postsekretär i. R. Tomuschat, als Beisitzer die Herren Klatte, Rahn und Saffran. Es soll immer wieder auf das große Unrecht hingewiesen werden, das unserem Vaterlande durch den Raub des deutschen Ostens geschehen ist.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die **Ortsgruppe Dresden** feierte im „Italienischen Dörfchen" ihr 12. Stiftungsfest. Konzertstücke, ausgezeichnet dargeboten von Herrn Konzertmeister Eichler, Violine, und Herrn Kapellmeister Pommer, Flügel, leiteten den Abend ein. Die Gesangsgruppe unter der rührigen Leitung der Frau Wentzke-Fahnert betonte den ostmärkischen Charakter des Abends durch Wiedergabe des „Ostmärkers Gebet" von Müller-Striesewitz. Das Vorstandsmitglied Herr Schreiber begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Wie jetzt draußen in der Natur ein Frühling anheben will, so soll in unserer geliebten Ostheimat bald ein neues deutsches Werden ersprießen. Die vor uns liegende kirchliche Passionszeit erinnert an die nationale Passionszeit, die hinter uns liegt. Unser heißes Wünschen gilt dem Vaterlande und seinem ehrwürdigen Lenker. Ein Hoch auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg und das aufblühende Vaterland schloß die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worte. Das Deutschlandlied bekräftigte den Treuschwur. Mehrere Chöre wurden dann von der Gesangsgruppe geboten. Ein Klaviersolo: Scherzo B-Moll von Fr. Chopin, vorgetragen von Frl. Gertraude Zietzschmann vom Konservatorium Dresden, brachte durch ihre sehr gute Technik und Einfühlung hohen künstlerischen Genuß. Max und Moritz (Herr Lehmann und Frl. Gutsche) belustigten zum Schluß aufs beste durch gesangliche und mimische Wiedergabe einiger Streiche. Acht Mitglieder konnte Herr Oberfachschulrat Fratzke für langjährige Mitgliedschaft durch Verleihung von Ehrenurkunden bzw. Treunadeln ehren. Es waren dies Ww. Minschke, Hr. Klomp, Ww. Krüger, Hr. Horn, Hr. Jeschke, Hr. Augstein, Hr. Heinricht. Das auch von befreundeten Grenzlandverbänden und der Burschenschaft „Teutoburg" besuchte Fest endete mit frohem Tanz. — In der am 10. Februar abgehaltenen Jahreshauptversammlung wurde vom ersten Schriftführer, Herrn Buchdruckereibesitzer Horn (fr. Samter) der Jahresbericht verlesen. Er zeigte, daß in der Ortsgruppe Dresden trotz der Not der Zeit, die auch an vielen Mitgliedern nicht spurlos vorübergegangen ist, reges Leben herrschte. 10 Monatsversammlungen und 12 Vorstandssitzungen fanden statt. Der Geselligkeit dienten zwei Ausflüge, nach Roßthal und nach dem Lugturm, ein Herrenausflug nach

der Schulzenmühle im Zschonergrund, eine gesellige Zusammenkunft bei Landsmännin Rose, Lößnitzgarten (fr. Kosten, Pos.), und ein Familienabend im „Italienischen Dörfchen“. Der Höhepunkt im Vereinsleben war, wie immer, das Stiftungsfest im Februar 1932, bei dem das ostmärkische Heimatspiel von J. Ahlemann „Wir halten das Land“ unter Leitung von Herrn Schreiber sehr gut aufgeführt wurde. Weihnachten feierte man in altgewohnter Weise. Darbietungen der Kindergruppe unter Leitung von Frl. E. Wengler erfreuten durch ihr schauspielerisches Talent. Es wurden 45 Kinder beschert und 5 mittellose und erwerbslose Familien mit Geldgaben bedacht. Sämtliche Vereinsfeste wurden durch Gesänge der Gesangsgruppe unter Leitung von Frau Wentzke-Fahnert verschönt. Reges Leben zeigte auch die Jungschar auf Wanderungen und an Nestabenden. 8 Vorträge wurden gehalten über „Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise“ (Oberfachschullehrer Haselbach), „Reiseeindrücke aus Sowjetrußland“ (Dr. Schulz), „Die räumlichen und wirtschaftsgeographischen Grundlagen der großen Mächtegruppen“ (Oberfachschullehrer Haselbach), „Der nationale Gedanke im Zeitalter der neuen Sachlichkeit“ (Univers.-Dozent Zwiener, fr. Fordon), „Über die Lausanner Konferenz und unsere Entschädigungsforderung“ (Oberfachschulrat Fratzke), „Reiseeindrücke und Erlebnisse in den bayerischen Alpen“ (1. Vorsitzender), „Die Bekämpfung der inneren Lebensfeinde durch Schaffen und Ruhen sowie die geistigen Geheimnisse des Erfolges“ (Kulturbaumeister Schubert, fr. Jarotschin), „Über das Deutschtum in Russisch-Polen“ (Oberfachschulrat Fratzke). — Der vom 1. Kassenführer, Herrn Dentist Eisermann (früher Posen) gegebene Kassenbericht wies eine trotz aller Not doch gesunde Finanzlage nach. Bei der danach erfolgenden Vorstandswahl wurden einstimmig wiedergewählt die Herren: 1. Vorsitzender Oberfachschulrat Fratzke, 1. Kassierer Dentist Eisermann, 2. Kassierer Herr F. Schulz, Beisitzer Herr Eichler, 1. Schriftführer Herr Buchdruckereibesitzer Horn und neugewählt wurde Herr Kersten. Eine neugegründete Bücherei soll mit der Polenpolitik vertraut machen. Im verflossenen Vereinsjahr fanden auch verschiedene Neuaufnahmen statt, die hoffen lassen, daß der Tiefpunkt im Bundesleben überwunden ist. Mit den anderen Grenzlandverbänden und dem Kriegerverein „Preußen“ wurde herzliche Freundschaft gepflegt. Kraftvolles Zusammenhalten im alten und frohes Hoffen im neuen Vereinsjahr waren und sind die Leitgedanken der vom 1. Vorsitzenden zielbewußt geführten Dresdner Ortsgruppe.

Landesverband Sachsen-Thüringen.

Die **Ortsgruppe Erfurt** feierte am 11. März in der „Flora“ ihr 13. Stiftungsfest, das sehr gut besucht war. Erfreulich zahlreich waren auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschen, der sich einige 20 Vereine angeschlossen haben, erschienen. Von der befreundeten Ortsgruppe Gotha waren 25 Mitglieder erschienen. Die Feier wurde mit je zwei Vorträgen der Ostbundkapelle und dem beliebten Storchquartett eingeleitet. Dann sprach Frl. Schleiff recht wirksam den stimmungsvollen Prolog, an den sich das Streichquartett „Allegro moderato“ von Fr. Schubert, das von Frl. Erdmann und den Herren v. Kalbe, Scheidler und Schmidt verständnisvoll vorgetragen wurde, anschloß. Der Vorsitzende, Herr Reichsbahn-Oberinspektor Kirchner, hielt die Festrede. Er begrüßte besonders Herrn Reichsbahnoberrat Dr. Stegner, den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, und deren zahlreiche Vertreter, die Gothaer Freunde und die Vertreter der Presse und schilderte dann kurz die Gründung und Entwicklung und das Hauptziel des Vereins: Wiedererlangung der verlorenen Ostgebiete. Schuld an unserer Not sei das Feinddiktat nicht allein, sondern die Bonzenwirtschaft, die das Parteiinteresse über das Staatswohl stellte, und der Mangel an nationalem Ehrgefühl. Nach dem Ausgang der letzten Wahl dürften wir unter einer nationalen Regierung wieder auf eine bessere Zukunft hoffen. Nach dem Deutschlandlied sprach Herr Dr. Stegner, der Gruß und Dank der Arbeitsgemeinschaft übermittelte. Für die beachtliche Stellung der Ostbundgruppe sei die machtvolle Ostmarkenkundgebung am 18. Januar, bei welcher der Ostbund an erster Stelle gestanden hätte, ein Beweis. Möge er auch fernerhin erfolgreich wirken zum Wohle des deutschen Ostens und des ganzen deutschen Vaterlandes. Seinen Wünschen schloß sich Reichsbahnrat Scottland an, der die Grüße und Glückwünsche der Gothaer Ortsgruppe überbrachte und die innere Verbundenheit der Ostmärker betonte, die die gemeinsame Not, das gleiche Streben, die gleiche Hoffnung, zusammengeschlossen haben. Herr Hagen, der Vorsitzende des Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen, schloß seine Ansprache mit dem packenden Gedichte „Heimat“ von Johanna Wolff. Im zweiten Teil des Festes, der mit drei prächtig vorgetragenen Volksliedern des Storchquartetts eingeleitet wurde, erteilte der Vorsitzende nach einer Ansprache einer großen Anzahl von Mitgliedern die Treunadel für zehn- und mehrjährige Mitgliedschaft. Namens der Ausgezeichneten dankte HerrFerntheil. — Unter der Leitung des Mittelschullehrers Fr. Tiedtke, früher in Bromberg, führten Schüler der 4. Mittelschule daß von ihm verfaßte Heimatstück „Aus Brombergs schwerer Zeit“ auf, das uns besonders auch das schwere seelische Leid unserer Landsleute in den geraubten Gebieten zum Bewußtsein bringt. Die flotte Darstellung erntete, gleich allen Darbietungen und Ansprachen, wohlverdienten Beifall. Den Schluß der schönen Feier, die ein beredtes Zeugnis war für das schöne Einvernehmen zwischen unserer Ortsgruppe und den Vereinen der Arbeitsgemeinschaft, bildete ein gemütlicher Tanz.

Schl.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Der **Landesverband Hannover-Braunschweig** berief die Vertreter der Ortsgruppen nach Hannover zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Die Ortsgruppe Hannover hatte den Versammlungsraum mit den Stadtwappen der Städte der abgetretenen Gebiete und mit besonderen Werbebildern und Landkarten sinnvoll ausgeschmückt. Einige Mitglieder des uniformierten Ostschutzes der Ortsgruppe Hannover versahen den Ordnungsdienst. Der stellv. Vorsitzende des Landesverbandes, J. Bade, begrüßte die erschienenen Vertreter der Ortsgruppen. Einen besonderen Gruß entbot er dem erschienenen Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes, Herrn Landrat v. d. Wense, und dem als Gast erschienenen Oberlandesgerichtsrat Dr. Schwarze, Celle. Er führte aus, daß der Deutsche Ostbund in den auf hochnationalem Gebiet stehenden Zeitfragen des deutschen Volkes auch seine Aufgaben zu starkem Wollen und Vollbringen steigern müsse. Gerade jetzt in der bewegten Zeit müsse daher der Posten des Landesverbandsführers von einer Persönlichkeit besetzt sein, die Gewähr für eine zielbewußte Arbeit bietet. Durch das Ausscheiden des verdienten Landesverbandsführers, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Thieme, infolge Versetzung sei die Leitung des Landesverbandes verwaist. Die baldige Besetzung dieses Postens sei eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Besonders dankbar müßte es daher begrüßt werden, daß der als Gast erschienene Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Schwarze, Celle, sich bereit erklärt habe, den Posten als Landesverbandsführer zu übernehmen. Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Schwarze sei als bewährter und begeisterter Ostmärker allen bekannt. Seine hierauf vorgenommene Wahl zum Landesverbandsführer wurde einstimmig mit großem Beifall aufgenommen. Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Schwarze dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und gab in kurzen Zügen die Ziele der Zukunftsarbeit des Landesverbandes bekannt. Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder Bade, Andrée und Röhr wurden einstimmig wiedergewählt. Gleichzeitig wurde die Wahl des Herrn E. Cunow, Hannover, als Führer des Ostschutzes im Landesverband einstimmig bestätigt. Die Wahl des Geschäftsführers wurde bis zur ordentlichen Vertreterversammlung zurückgestellt. Der bisherige Geschäftsführer, Herr Lindner, Celle, hatte, da er als Stahlhelmkreisführer, Gausozialreferent und Kulturwart infolge des Freiwilligen Arbeitsdienstes überlastet ist, um die Wahl eines neuen Geschäftsführers gebeten. Der Vertreter der Ortsgruppe Osnabrück, Herr Schack, stellte noch besondere Anfragen, die Werbe- und Organisationsarbeit betreffend. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Rappmann, Goslar, Cunow und Bade, Hannover, und Gehrmann, Bielefeld. Herr E. Cunow schilderte hierauf die aufbauende Werbearbeit einer Ortsgruppe und übergab jedem Vertreter eine größere Anzahl Werbeschriften und Flugblätter. Die Versammlung erkannte einstimmig die zielbewußte Werbe- und Organisationsarbeit der Ortsgruppe Hannover an und nahm auch von der erfolgreichen Gründung des Ostschutzes Kenntnis, dessen schön durchdachte kleidsame Uniform allgemeine Bewunderung erregte. Mit einem begeisterten Schlußwort schloß der neue Landesverbandsführer Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Schwarze die Vertreterversammlung.

Landesverband Hessen-Nassau-Süddeutschland.

Ortsgruppe Kassel. Zur Begrüßung der stattlichen Versammlung am 8. März im Hotel Vereinshaus sprach der Vorsitzende, Pfarrer Pelz: Wir alle seien innerlich bewegt durch die Vorgänge der letzten Tage. Es führte Redner u. a. aus. Wem in diesen Tagen wegen der wiedergekehrten Flagge Schwarz-Weiß-Rot Freudentränen in die Augen stiegen, werde erfreut sein darüber, daß der nationale Gedanke von der Jugend wieder in verstärktem Maße aufgenommen wurde. Dafür haben wir Ostmärker das größte Verständnis. Die neue nationale Regierung werden wir mit allen Kräften unterstützen. Danzig, die Westerplatte und der Korridor müssen und werden wieder deutsch werden. Dem Lande mit den 3000 Seen galt der Abend, dem Lande Masuren, das in der Geschichte als Prellblock zwischen Ost und West schon manchesmal eine bedeutsame Rolle gespielt hat und das im Weltkriege erneut zu größter Bedeutung kam: Tannenberg! Kaufmann Georg Bajorat, ein Ostpreuße, schilderte in begeisterten Worten das Land Masuren, das heute einen solch starken Fremdenverkehr aufzuweisen habe, daß man schon für seine Einsamkeit fürchten müsse. Masuren sei die Perle Ostpreußens, es sei das Gebiet der unendlichen Ruhe und des weitgespannten Horizonts. Kleine Städte liegen an den Rändern der Seen, alle seien sie Bade- und Luftkurorte mit herrlichen Parkanlagen und Gelegenheiten zu jeder Art von Sport. Die Bevölkerung sei gemischt aus einer großen Zahl von Völkerstämmen; das germanische Blut sei aber vorherrschend und habe die übrigen Völkerstämme in sich vereinigt. Auch die späteren Einwanderer aus Schweden, Holland und Frankreich, die Hugenotten sind restlos eingedeutscht. Neuerdings kommen auch englische und amerikanische Reisegesellschaften in das Land. Sie nehmen manche wertvollen Kenntnisse mit, z. B. von der Unsinnigkeit der Grenzziehung. — Der unterhaltende Teil war mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Frau Paula Thele, am Flügel von Musikdirektor Fuchs begleitet, sang mit ihrer wohllautenden Stimme mehrere Lieder. Frau Regierungsbaumeister Kropf, ebenfalls eine alte Bekannte im Ostbund, sprach unter starkem Beifall Gedichte in Hochdeutsch und in ostpreußischer Mundart. Den musikalischen Teil bestritt in recht schöner Weise eine Abteilung des Bettenhäuser Bandonion-Orchesters. Im Schlußwort forderte Pfarrer Pelz zur Teilnahme an dem Ostpreußentag am